

# ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

## Die gespaltene Stadt

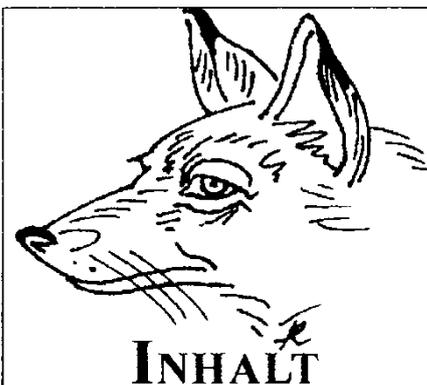
Bei den Wahlen am 10. Oktober hat die Bevölkerung des Berliner Ostens - der früheren Hauptstadt der DDR - dem regierenden Schröder-Klüngel und seinem gerade erst an die Spree überführten Bonner Hofstaat eine deutliche Abfuhr erteilt. Trotz des „im Trend liegenden“ Sieges der Schwarzen: Ostberlin wählte Rot, stimmte massiv gegen jene, die unser Territorium vor neun Jahren - am unseligen 3. Oktober 1990 - in einer politischen Nacht- und Nebel-Operation annektierten, nachdem die siegreiche Konterrevolution mit ihrer lähmenden Medien- und Konsum-Manipulation das Bewußtsein einer Mehrheit der DDR-Bürger getrübt hatte. Doch die Wirkung dieses Giftes war schwächer als erhofft. In Köpfen und Herzen Verschüttetes wurde bei vielen bald wieder freigelegt. Daß die sozialistische Vergangenheit - das Land des gesellschaftlichen Einvernehmens, der menschlichen Solidarität, der täglichen Geborgenheit - in der Erinnerung der Menschen fortlebt und die Saat der DDR trotz schärfsten Frostes im Boden überdauert - das wurde jetzt an den Wahlurnen in Thüringen, Sachsen und Berlin sichtbar. Die für links optierenden Wähler der PDS hatten vor allem eines im Sinn. Sie wollten ihr Votum für eine Partei abgeben, die ungeachtet ihres wankelmütigen Taktierens und ihrer Aufgabe jeglichen Klassendenkens bis heute nicht in der Gunst der Herrschenden steht und die in einer Schicksalsfrage unserer Geschichte - beim Überfall des deutschen Imperialismus auf Jugoslawien - zwar nicht den Löwenmut eines Karl Liebknecht, aber aner kennenswerte Haltung bewiesen hat. Denn eins ist sonnenklar: Die Stimmabgabe für die PDS, die in Ostberlin allen anderen Parteien die Hacken zeigte, in Schröders Regierungsbezirk Mitte die absolute Mehrheit errang und selbst im Westen der nach wie vor geteilten Stadt bemerkenswerte Fortschritte erzielte, war kein Votum für die im Volke kaum bekannten ideologischen Finessen ihrer auf „sozialdemokratisches Terrain“ driftenden advokatenschlaun Führer. Sie war in erster Linie eine Entscheidung gegen den Kapitalismus und seine brutale Ellenbogen-

mentalität, gegen Schröder & Co - das SPD-Establishment im Dienste der Monopole. Die PDS-Losung „Sozial und solidarisch“ aber rief in vielen Wählern Erinnerungen an vierzig Jahre in der DDR erlebte Wirklichkeit oder an die nächste Generation übermittelte Erfahrungen wach. Entscheidend: Ein Drittel der PDS-Stimmen wurden von jungen Menschen abgegeben! Die SPD hat für ihren totalen Übergang ins Lager der Bosse - für ihr Einschwenken auf früher von der inzwischen pulverisierten FDP eingenommene Positionen - einen hohen Preis bezahlt. Sie ist von den Wählern als eine Kopie der „neoliberalen“ CDU erkannt worden - und da wollte ein großer Teil von ihnen dann schon lieber das Original, bei dem mehr Kompetenz vermutet wurde. So fiel die SPD in Berlin von einst 61 auf nunmehr 22 Prozent zurück! Das Lamentieren bestimmter PDS-Spitzenpolitiker über den angeblich bedauerlichen Abstieg der SPD, der „auf der Linken“ eine „Lücke“ reiße und ein „Vakuum“ entstehen lasse, verkennt völlig die Situation. Spätestens der Weggang Lafontaines hat den Standort der SPD in der „politischen Mitte“ signalisiert, so sehr das auch ehrliche Sozialdemokraten und Gewerkschafter der Basis schmerzen mag. Übrigens - noch schlimmer als das Verbreiten von Illusionen über die Schröder-Partei sind Avancen einiger PDS-Führer in Richtung CDU. Selbst am Wahlabend ließ es sich Gregor Gysi nicht nehmen, darauf hinzuweisen, „CDU und PDS“ seien „die einzigen Parteien, die in Deutschland ein Konzept besitzen“.

„Berlin bleibt politisch geteilt“, verkündete NTV nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse. „Zehn Jahre nach dem Wendeherbst gibt es zwei völlig unterschiedliche Hälften der Stadt“, konstatierte das ZDF. „Die Kluft ist größer geworden“ kommentierte der scharfsinnige Klaus Bresser. Und einer sagte: „Die Mauer in den Köpfen ist höher als je zuvor“.

Aus proletarischer Sicht: Man darf's zufrieden sein. Ist doch die ideologische „Mauer“ keine Trennung in Ost und West, sondern eine Klassenschranke

S.R.



<b>Die gespaltene Stadt</b>	S. 1
<b>Überschwengliche Floskeln?</b>	S. 2
<b>Nachkriegszeit - Vorkriegszeit?</b>	S. 3
<b>Produktiver Meinungsstreit</b>	S. 4
<b>Parteizeitungen unterstützen</b>	S. 7
<b>Die Dinge klar benennen</b>	S. 7
<b>Die Sache mit dem Vorrang</b>	S. 8
<b>Abstieg durch Aufstieg</b>	S. 9
<b>Fragen über Fragen</b>	S. 10
<b>Kontinuität von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie?</b>	S. 11
<b>Die Aufweichung des Sozialismus</b>	S. 12
<b>„Butter bei die Fische“</b>	S. 13
<b>Von Rasputin bis Putin</b>	S. 14
<b>Oppositionelle oder Landesverräter?</b>	S. 15
<b>Der Unrat des Michael Koth</b>	S. 16
<b>Die Rehabilitierung der Schlegelbergers</b>	S. 17
<b>Die Enkel des Sitting Bull</b>	S. 18
* Reporterskizzen	
<b>Außer Spesen nichts gewesen</b>	S. 19
<b>Licht und Schatten</b>	S. 20
<b>Am Rande bemerkt</b>	S. 20
Kunst, Kultur & Politik	
<b>Leserbriefe</b>	S. 21
<b>Vermischtes</b>	S. 24

*Die Schatztruhe öffnen, den Inhalt sortieren, eine Bilanz ziehen*

## Überschwengliche Floskeln?

Manfred Sohn hat für den „RotFuchs“ einen würdigen, zu Herzen gehenden, theoretisch fundierten und Ziele unseres weiteren Kampfes absteckenden Beitrag zum 50. Jahrestag der DDR geschrieben. In ihm stellt jeder Satz ein Axiom dar. Ich möchte zwei herausgreifen: Erstens, daß diejenigen, die das nächste rote Banner in Berlin aufpflanzen, das mit Erfolg und dauerhaft nur werden tun können, wenn sie bewußt auf den Schultern der Erbauer der DDR stehen. Und zweitens, daß von unschätzbarem Wert für sie dann die Analysen der Mitgestalter der DDR sein werden, die diese im Abstand von zehn bis zwanzig Jahren nach deren Ende vorgelegt haben.

Unsere Zeitung hat seit ihrem Erscheinen solchen Analysen einen festen Platz eingeräumt. Diesen Kurs aufrichtigen Bilanzierens werden wir fortsetzen, um damit einen bescheidenen Beitrag zur Vorbereitung einer neuen sozialistischen Offensive zu leisten. Eine solche Arbeit scheint mir auch mit Blick auf den 15. Parteitag der DKP im Juni 2000 wichtig zu sein.

Rat holen sollten wir uns hierzu bei unseren Klassikern. Marx, Engels und Lenin haben nach den Niederlagen der Revolution von 1848/49, der Pariser Commune und der russischen Revolution von 1905/07 die grundsätzliche Bedeutung der Ereignisse, ihre Einordnung in den Geschichtsprozeß und die Lehren der Niederlage theoretisch verallgemeinert. Sie haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich die erforderlichen Kenntnisse anzueignen, um bei Beginn eines neuen Aufschwungs der revolutionär-demokratischen und proletarischen Bewegung gut gewappnet zu sein. Dafür stehen Werke wie „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund“ vom Juni 1850, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ oder auch „Materialismus und Empirio-kritizismus“, um nur einige aus der Fülle der Arbeiten zu nennen. Es sei erwähnt, daß sich Engels zur Bewertung der 48er Revolution als eines trotz der Niederlage im historischen Prozeß der Klassenauseinandersetzung vorwärtsführenden Ereignisses intensiv mit der über 300 Jahre zurückliegenden frühbürgerlichen Revolution, dem deutschen Bauernkrieg, beschäftigte und dazu im Sommer 1850 das gleichlautende Werk schrieb.

Die schöpferische Anwendung der Erfahrungen der Klassiker wird uns auch bei der Einordnung der DDR in die an Klassenkämpfen reiche Geschichte Deutschlands und Europas zwangsläufig zu der Erkenntnis führen, daß sie ungeachtet aller objektiven Defizite und subjektiven Fehler, von denen nicht wenige nachgerade entwicklungsbedingt auftreten mußten, die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen

Volkes gewesen ist. Ihre historische Dimension wird bei allen Fehlentwicklungen, von denen die bürgerlichen Revolutionen der Vergangenheit in weit schlimmeren Maße betroffen waren, gerade im Nachhinein an den Versuchen ihrer Gegner von einst und heute meßbar, alles mit ihr Verbundene aus dem Gedächtnis der Menschen zu tilgen. Ausgehend von der durch Lenin geteilten Haltung, die Marx und Engels zur Pariser Commune einnahmen, wird das Bekenntnis zum revolutionären Erbe des ersten sozialistischen deutschen Staates zu einem entscheidenden Kriterium für die Klassenposition jedes Kommunisten und revolutionären Sozialisten hierzulande.

Wenn es um die Errungenschaften der DDR im einzelnen geht, dann stehen nicht Kindergartenplätze und billige Mieten an erster Stelle. Fundamental ist aus marxistischer Sicht vor allem die Tatsache, daß sie dem Kapital 40 Jahre lang Macht und Eigentum entzog. Nur auf dieser Grundlage wurden die bis dahin nie dagewesenen sozialen Leistungen, die nicht - wie im Falle der BRD - auf der Ausbeutung fremder Völker beruhten, erbracht. Diese Einschätzung basiert auf historisch-materialistischer Erkenntnis und hat nichts mit „lobenden, ja überschwenglichen Floskeln“ zu tun, wie sie DKP-Sekretariatsmitglied Nina Hager uns kürzlich glaubte vorwerfen zu müssen. Hinzuzufügen ist, daß in der demokratischen Etappe der Revolution in der DDR auch jene Aufgabe nachvollzogen wurde, die ureigenste Angelegenheit der dazu zu feigen deutschen Bourgeoisie hätte sein müssen: Die Beseitigung der Mitte des 20. Jahrhunderts noch immer existenten feudalen Überreste in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat durch die Enteignung der Großgrundbesitzer und Junker. Sie waren ein wesentliches Element der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus. Für die Vorbereitung einer neuen sozialistischen Offensive ist die marxistisch-leninistische Analyse der Ursachen und Gründe der Niederlage dringend erforderlich. Wir werden diese Lehren nicht ziehen können, wenn wir nicht das entscheidende Kettenglied - den Opportunismus und Revisionismus in seinen verschiedensten Ausprägungen - dabei erfassen. Auf diesem Gebiet ist bereits wichtige Vorarbeit geleistet worden. Einer unserer herausragendsten Theoretiker, der Historiker Dr. Kurt Gossweiler, der am 5. November 82 Jahre alt wird, hat bereits zu DDR-Zeiten warnend seine Stimme erhoben. Nach dem Sieg der Konterrevolution befaßte er sich intensiv mit dieser Hauptursache der Niederlage des Sozialismus im Rahmen des RGW und des Warschauer Vertrages, wobei er auch die Auswirkungen des Verfalls auf die DDR untersuchte. Bereits in Heft 4/92 der „Weißenseer Blätter“ analysierte Gossweiler „die Rolle des mo-

dernen Revisionismus bei der Niederlage des Sozialismus“; im Oktober 1993 sprach er auf einer Diskussionsveranstaltung der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ in München zu dem Thema „Ursachen der Niederlage des Sozialismus in der DDR“, wobei er besonders auf die Rolle Gorbatschows einging, über den Willy Brandt bereits 1985 nach einer Begegnung in Moskau sagte: „Ich habe in meinem Leben schon viel gesehen, aber noch nie einen Antikommunisten an der Spitze des Kreml.“ (Zitiert in „Humanität“ vom 10. Oktober 1992); schließlich erschien 1997 Gossweilers 410 Seiten umfassendes Werk „Wider den Revisionismus“, von dem - wie zu vernehmen ist - ein zweiter Band ins Haus stehen soll. Auf der Tagung der Zeitschrift „offensiv“ am 20./21. November in Berlin zum 50. Jahrestag der Gründung der DDR, die der „RotFuchs“ unterstützt, wird der Wissenschaftler einen mit Spannung erwarteten Vortrag über „Die Entwicklung des Revisionismus in der SED und in der kommunistischen Weltbewegung“ halten. Eins kann man sicher vorwegnehmen: Auch wenn Opportunismus und Revisionismus in der SED nicht jene erschreckenden Ausmaße wie in der KPdSU angenommen hatten, liegen in ihrem Umsichgreifen auch bei uns wesentliche Wurzeln für theoretische Deformationen und daraus folgende Irrwege in der politischen Praxis, für bürgerliche Entartung, die geradezu naive Unterschätzung der Möglichkeiten des Klassegegners und den Verlust der Verbindung zu den Volksmassen (um nur einige der gravierendsten Defekte zu benennen), die in der Stunde des Existenzkampfes 1989/90 zur Handlungsunfähigkeit der Partei und zum Fehlen intakter marxistisch-leninistischer Kader der zweiten Reihe führten. Diese Situation nutzte die kleinbürgerlich-populistische Gruppierung mit Gregor Gysi an der Spitze aus, um durch einen Parteiputsch die Führung der SED an sich zu reißen, was zu einem maßgeblichen Faktor des leichten Sieges der zunächst als „friedliche Revolution“ gepriesenen Konterrevolution wurde. Wir haben das zugelassen, wovon Lenin seit dem Erscheinen von „Was tun?“ im Jahre 1902 immer wieder gewarnt hat: ein „Mittelding“ zwischen bürgerlicher und sozialistischer Ideologie, das es nicht gibt, so wie es „niemals eine außerhalb der Klassen und über den Klassen stehende Ideologie geben kann“. Wir haben bis hin zur Anerkennung eines „friedensfähigen Imperialismus“ und zur Bejahung des „Vorrangs von allgemeinen Menschheitsproblemen gegenüber Klassenfragen“ eine Herabminderung der sozialistischen Ideologie zugelassen und Lenins Hinweis mißachtet, daß „jedes Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie“ bedeutet. (Werke Bd. 5/376)

**Gerhard Feldbauer**

An ihren Worten kann man sie erkennen

# Nachkriegszeit - Vorkriegszeit?

Der Krieg gegen Jugoslawien ist noch nicht zu Ende, die Ziele der NATO (die Alfred Hrdlitzka einen „Kriegsverbrecher-Verein“ nannte) wurden nicht erreicht. Und schon wird das nächste Kriegsinstrument installiert: Das „Multinationale Korps Nordost“. NATO-Politiker beteuern verdächtig oft: Die vereinigten Großverbände aus Dänemark, Deutschland und Polen seien auf gute Nachbarschaft aus und bedrohten niemanden. Was aber soll das NATO-Korps im Nordosten Europas? Was gibt es „an der Ostseeflanke“ zu sichern? Was hat ein deutsches Militärkontingent nach 1945 jenseits der Oder zu suchen - feierlich mit Gottesdiensten und Militärparaden in Szceczin von Rudolf Scharping präsentiert?

Scharping - gerade von einer Kopfverletzung nach neuerlichem Sturz vom Fahrrad genesen - hatte vor der Führungsakademie der Bundeswehr die „Notwendigkeit einer weltweiten Krisenbewältigung“ betont. Die Truppe müsse „auch fern der Heimat überlebensfähig“ sein. Und in Brüssel spricht man von einem „Baustein der Neuen NATO“. Was soll das für ein Gebäude werden?

Nun, so „neu“ sind die NATO und ihre „Bausteine“ nicht. So wenig wie der Bonner und nun der Berliner Schrei nach „Weltgeltung“, nach „Verteidigung deutscher Interessen“. Alfred Hrdlitzka antwortete auf die Frage „Geht vom größer gewordenen Deutschland die größer gewordene Gefahr für den Frieden in Europa aus?“, „Die größte Gefahr geht sicher von den Amerikanern aus. Die Deutschen sind die schlimmsten Helfershelfer“. Der Krieg gegen Jugoslawien sei ein „sozialdemokratischer Krieg“. Und im Prozeß der Weltaufteilung hält

die sozialdemokratische Regierung Kurs auf neue Fronteinsätze. Schon Ex-Präsident Herzog sprach in seiner „Ruck“-Rede davon, die BRD sei zu einer „Aufholjagd“ gezwungen, da „die Märkte neu aufgeteilt“ würden. Auf Konferenzen vertreten BRD-Diplomaten unverhüllt die Formel, es gehe darum, „das Profil der Europäer innerhalb des Bündnisses zu schärfen“. Der Ex-Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Bundeswehr-Viersterne-General Naumann, gestand, im Jugoslawienkrieg habe er die Entscheidung, keine Bodentruppen einzusetzen, „nur knurrend akzeptiert“. Der neue Generalinspekteur der Bundeswehrmacht v. Kirchbach bekräftigte die Notwendigkeit, „unsere Streitkräfte auf den Einsatz zu optimieren“, dabei gehe es darum, „die alte Landesverteidigung innerhalb der Grenzen des Landes neu zu definieren“. Priorität habe jetzt „die Beteiligung an internationalen Kriseneinsätzen“.

Die FAZ spricht von der „NATO-Vertriebsgemeinschaft für Demokratie, Stabilität und Marktwirtschaft“. Mit Recht: Schließlich geht es um Transportflugzeuge, Satelliten und Bereitschaftstruppen, um Neuausrüstung, Beschaffung von high-tech-Waffen und Ausbau der Krisenverhinderungsverbände, um die „außenpolitische Bedeutung der Bundesrepublik anzuheben“, um die Stärkung jener Kräfte, mit denen „Europa geformt und Außenpolitik durchgesetzt“ werden sollen, sagt Scharping.

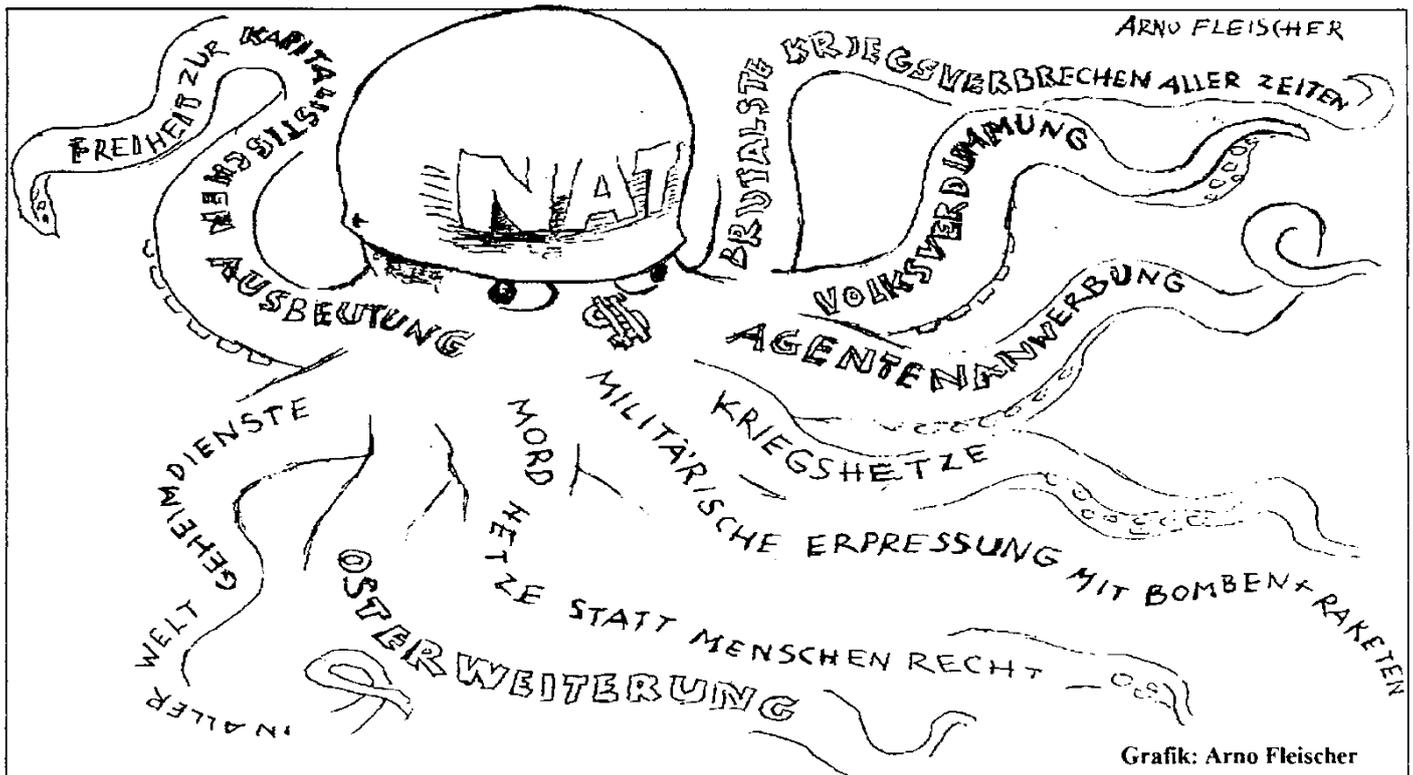
Nun also auch von Szceczin aus. Da werden sich die Polen aber freuen. Gerade noch haben ihre Führer mit Bundeskanzler Schröder des 1. September 1939 gedacht: Da hatte das

Schlachtschiff „Schleswig-Holstein“ bei einem „Freundschaftsbesuch“ ohne Kriegserklärung polnisches Territorium unter Beschuß genommen. Nun soll Kriegsminister Scharping wieder aufrüsten; Sparminister Eichel stellt das Geld zur Verfügung und Außen-Mime Fischer versichert treuherzig, das neue europäische Nord-Ost-Korps richte sich gegen niemanden ...

Ganz nebenbei: NATO-Kenner Rainer Rupp übermittelt, daß der Unterstaatssekretär im Pentagon Kramer in einer Presseerklärung vom 15.9.1999 in Washington wissen ließ, daß „alle Europäer sich prinzipiell zur Beschaffung neuer hochentwickelter Waffen verpflichtet haben“. Kramer wörtlich: „Sie müssen sich nur entscheiden, was, wieviel, wann und von wem sie kaufen.“ Dreimal darf man raten, wen der US-Amerikaner mit Verkäufern präzisionsgesicherter Waffen gemeint hat ...

Hier deckt sich das Neue Strategische Konzept der NATO mit bundesdeutschen Sehnsüchten, die Welt am deutschen Wesen genesen zu lassen, mit den Berliner Interessen am „Multinationalen Korps Nordost“. Es geht um die Einkreisung Rußlands und anderer Gebiete. Der angestrebte Raum: Osteuropa überhaupt - bis hinter Kaspische Meer und zum Persischen Golf, Kasachstan. Aber dafür hat man ja schon Kosovo mit einem „humanitären Krieg“ gewonnen.

Und Deutschland ist wieder mal mehr denn je dabei. Diesmal nicht nur mit wohlwollender Zustimmung sozialdemokratischer Führer, sondern unter sozialdemokratischer Führung. **Karl-Eduard von Schnitzler**



## Debatte über „Äpfel und Birnen“

# Produktiver Meinungsstreit

*Der „RotFuchs“ ist die Tribüne für freimütige und sachliche Diskussionen unter Kommunisten und Sozialisten aus Ost und West. Heute dreht sich die Debatte um den in unserer Nr. 20 (September) erschienenen Artikel „Über das Addieren von Äpfeln und Birnen“. Diesmal tauschen Willi Gerns (Bremen), Robert Steigerwald (Eschborn) und Klaus Steiniger (Berlin) ihre Gedanken aus.*

**Willi Gerns:** Die Erklärung der DKP zu den 50. Jahrestagen der Gründung der BRD und der DDR wird in der September-Ausgabe des „RotFuchs“ einer Kritik unterzogen, die ich in einigen Punkten teile, in der Hauptsache aber für unberechtigt halte. Dazu möchte ich ein paar Anmerkungen machen.

Natürlich wäre es auch möglich gewesen, die beiden 50. Jahrestage in getrennten Erklärungen zu behandeln. Allerdings gibt es zwischen beiden Ereignissen einen sehr engen Zusammenhang. Schließlich war die Gründung der DDR die Antwort auf die von deutschen Imperialismus mit Unterstützung der imperialistischen Westmächte und im Gegensatz zum Potsdamer Abkommen betriebene Spaltung Deutschlands, die in der Gründung des Separatstaates Bundesrepublik ihren Höhepunkt gefunden hatte. Für eine Erklärung zu beiden Jahrestagen spricht auch der Umstand, daß wir den Charakter der DDR als der höchsten Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung ja im Zusammenhang mit der verhängnisvollen Geschichte des deutschen Imperialismus und insbesondere der Fortsetzung dieses Irrweges in der Bundesrepublik herausarbeiten müssen. Wie, wenn nicht im Vergleich mit dem anderen, dem imperialistischen Deutschland, wollen wir auf überzeugende Weise die höhere gesellschaftliche Qualität der DDR herausarbeiten? Und so neu ist dieses Vergleichen doch gar nicht. Es gehörte doch sowohl für die SED wie für die DKP zum selbstverständlichen Handwerkszeug des ideologischen Klassenkampfes.

Daß die „Bewahrung der besten Elemente beider Systeme“ versäumt wurde, halte ich für eine unglückliche Formulierung. Dies darum, weil die Erwartung, daß die besten Elemente des sozialistischen Systems, d. h. das gesellschaftliche sozialistische Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln und die politische Macht des arbeitenden Volkes bei einem Anschluß an die imperialistische Bundesrepublik hätten bewahrt werden können, natürlich mehr als illusionär wäre. Offenbar ist etwas anderes gemeint, nämlich die Bewahrung vielfältiger

sozialer und demokratischer Errungenschaften, die es in der DDR gegeben hat. Sie oder Teile davon zu bewahren hätte keine Illusion sein müssen, wenn darum gekämpft worden wäre.

Polemisiert wird allerdings gegen „die besten Elemente“ mit Blick auf das imperialistische System. Das Wort „System“ ist hier wiederum mißverständlich. Auch hier ist offenbar etwas anderes gemeint. Es geht um soziale und demokratische Errungenschaften, die sich die Arbeiterbewegung in der alten Bundesrepublik erkämpft hat, wie den materiellen Lebensstandard, die sozialen Sicherungssysteme bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter, die Rechte der Betriebsräte u. a. Daß es verteidigungs- und bewahrens-werte Errungenschaften sind, zeigt der heutige konzentrierte Angriff von Kapital und Kabinett und es zeigt sich auch der Zusammenhang dieser Errungenschaften mit der Existenz der DDR. Gäbe es die DDR noch, wäre dieser massive Angriff so kaum vorstellbar.

Was die monierte Formulierung vom „Beitritt der DDR zur Bundesrepublik“ betrifft, so ist die Annexion der DDR durch die imperialistische Bundesrepublik in dieser Form erfolgt, da die überwältigende Mehrheit der DDR-Bürger leider nicht nur nicht um den Erhalt der sozialistischen DDR gekämpft hat, sondern nicht einmal dafür eingetreten ist, daß es zu einer Wiedervereinigung im Sinne der Aussage des Grundgesetzes kam. Man hat den einfachen Anschluß zumindest akzeptiert. Die erbärmliche Rolle, die der „Reformflügel“ der SED/PDS und dann der PDS dabei gespielt hat, steht natürlich auch für mich außer Zweifel. Daß es sich bei alledem dem Wesen der Sache nach um nichts anderes als um eine Konterrevolution handelte, ist ebenso unstrittig.

Vielleicht ist mit Blick auf die Klassen und Schichten in der DDR „Kluft“ ein zu starkes Wort, aber erwähnenswerte Unterschiede hat es doch zweifellos noch gegeben, vom Kommunismus waren wir doch noch weit entfernt. Und natürlich hat es auch in der Bundesrepublik, wenn auch nicht die Gesellschaft prägend, die eine Ellenbogengesellschaft war und ist, Solidarität gegeben, in der Arbeiterbewegung, mit den Befreiungsbewegungen usw. Ebenso unbestreitbar sollte es sein, daß sich die antifaschistischen Kräfte im Westen, im Unterschied zu den Herrschenden, konsequent mit der verhängnisvollen deutschen Geschichte und dem Neofaschismus auseinandergesetzt haben.

Auch die Polemik gegen die Aussage, daß

die DDR „eine Spur“ hinterlassen hat, verstehe ich nicht. Damit wird doch gesagt, daß sie aus der Geschichte nicht wegzuwischen ist, daß ihre historischen Leistungen in Erinnerung bleiben, daß sie heute und morgen in den Klassenkämpfen genutzt werden können und unverzichtbares Erfahrungs- und Baumaterial bei künftigen Entwicklungen zum Sozialismus bleiben. Die Bemerkung, daß auch der Faschismus eine Spur hinterlassen habe, ist da wirklich fehl am Platz.

Ich habe Verständnis dafür, daß DKP-Genossen im Osten besonders sensibel reagieren, wenn es um die DDR und ihre Geschichte geht. Das ist ihr Lebenswerk, an dem sie mit ihrem Herzblut hängen. Dies gilt jedoch nicht weniger für die meisten Kommunisten aus der alten Bundesrepublik. Sosehr ich diese Sensibilität verstehe, sollte sie uns dennoch nicht zu unsolidarischer Polemik verleiten. Zuallererst muß im Umgang mit denjenigen, die unter den heutigen Bedingungen der Partei die Treue halten, gelten, daß wir Kommunisten sind, die genossenschaftlich miteinander verkehren.

**Robert Steigerwald:** Klaus Steiniger hatte mir seinen für die UZ bestimmten Beitrag geschickt. Ich hatte der Zeitung vorgeschlagen, für den Fall des Abdrucks dieses Beitrags eine kleine Antwort dazu zu schreiben. Da der Aufsatz von Klaus nicht in der Zeitung erschien, unterblieb natürlich auch der Abdruck meiner Entgegnung. Aber vielleicht kann man das ja im „RotFuchs“ nachholen, da ja dort der Aufsatz von Klaus abgedruckt worden ist. Ich will meine Ansicht zu den von Klaus aufgeworfenen Fragen festhalten.

Ich halte die DDR für die höchste Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aber ich habe Klaus Steiniger schon vor längerer Zeit geschrieben, daß ich diese Aussage (von einem knappen Leserbrief abgesehen) in einem politisch-theoretischen Papier nur zusammen mit der Feststellung verwenden würde, daß diese Errungenschaft nicht nur durch äußeren Druck usw. verlorengegangen ist. (Es kommt mir nicht auf die Formulierung an)

Ich finde die Formulierung, die DDR hätte eine tiefe Spur in der deutschen Geschichte hinterlassen, nicht gut, weil neutral, ausfüllbar nach Belieben, auch Bismarck, um von Schlimmerem zu schweigen, hinterließ eine tiefe Spur. Daß man eine andere Formulierung nicht wählte, hängt offensichtlich damit zusammen, daß man der Dialektik von Errungenschaft und Niederlage

anders nicht entsprechen zu können glaubte.

Nicht einverstanden bin ich mit der Kritik an der Formulierung von den „guten Seiten aus beiden Staaten“ (Ich schaue nicht nach, wie die genaue Formulierung lautet). Ja, auch da könnte man sorgfältiger formulieren, aber ich erinnere mich sehr gut gar mancher Debatte im Osten des Landes: Die Leute meinten wirklich, jetzt könne man die „guten Dinge aus beiden Staaten“ vereinigen, das hofften sie, und damit wären sie auch zufrieden gewesen. Daß das alles Quatsch war, wissen wir, aber Massenstimmungen sind auch ein Faktum.

Es geht mir aber um etwas anderes: Wir haben - durch den Druck und Kampf der Arbeiterbewegung und des sozialistischen Lagers, und da besonders der DDR - im Westen unseres Landes wichtige Errungenschaften, die immer gefährdet waren und es heute mehr denn je sind. Das gilt auch für den politisch-institutionellen Bereich: Wir wollen, das alles nicht noch mehr abgebaut, verschlechtert sehen. Darum haben wir schon 1978, im damaligen Parteiprogramm, eine strategische Etappe des Ringens um die Verteidigung dieser Errungenschaften formuliert. Anders heranzugehen würde nicht nur bedeuten, politikunfähig zu werden, auch noch die letzten unserer nicht allzu starken Stränge zu Massen zu zerschneiden, sondern sich auch nihilistisch gegenüber den Errungenschaften des jahrzehntelangen Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung zu verhalten. Wir dürfen auf keinen Fall den Eindruck erwecken (ungewollt), wir verhielten uns zynisch gegenüber dem, was breiten Massen (sie wählen doch immer noch in großer Mehrheit Parteien der staatsmonopolistischen Demokratie!) wichtig ist. Manches davon ist übrigens auch für uns wichtig.

Ich bin nicht der Meinung, wir hätten zwei selbständige Dokumente zu den beiden Staaten erarbeiten sollen. Ich war zu Beginn in die Arbeit am Dokument einbezogen und sah keinen Grund, beide Prozesse nicht in einem Dokument und konfrontierend darzustellen, und das ist doch auch geschehen: Hier der Katastrophenweg und seine Fortsetzung mit dem Ergebnis, wieder imperialistische Kriegspolitik zu betreiben, dort die Lehren aus dem deutschen Katastrophenweg gezogen, dies anhand wichtiger Entscheidungen im Osten des Landes dargelegt. Daran ist nichts kritikwürdig. Mehr noch: Wären wir anders vorgegangen, so hätte das eine Dokument, das zur BRD, wahrscheinlich nur Negatives festzustellen gehabt (das wäre noch zu verkraften, wenn es auch von der Masse unseres Volkes nicht verstanden würde!), während das andere Dokument die DDR nur im rosigen Lichte hätte erscheinen lassen (was von der Masse unseres Volkes ebenfalls nicht verstanden worden wäre).

Vielleicht hätten wir noch im unseligen Honecker-Stil das Schwänzchen drangehängt: Es gab auch noch Probleme und Schwierigkeiten, doch wären im Vorwärtsschreiten überwunden worden.

Eine letzte Bemerkung. Da mancher Beitrag im „RotFuchs“ den Eindruck erweckt, der Parteivorstand habe keinen rechten Umgang mit der DDR und ihrer Geschichte, muß ich wenigstens folgendes mitteilen: Der letzte Parteitag hatte beschlossen, eine Kommission zu bilden, die diesem vermuteten Umstand durch Aufarbeitung der Geschichte der DDR abhelfen sollte. Ich war zwar der Meinung, ein solcher Beschluß verwechsle die Partei mit einem historischen Forschungsinstitut, erklärte mich aber zur Mitarbeit in dieser Kommission bereit, indem ich mir vorstellte, es käme darauf an, dies vor allem auf der Grundlage deutscher Lehren zu versuchen. Ich habe mich entsprechend vorbereitet (mein notwendig gekürzter Artikel in der UZ gegen die Bonner Jubelgesänge war ein Ergebnis dieser Vorbereitung). Ich fuhr nach Berlin, und da saß ich dann mit Nina Hager allein, die anderen eingeladenen Genossen (sie waren doch vehemente Befürworter des Parteitagsbeschlusses) kamen nicht, fehlten auch nicht entschuldigt. Da habe ich mich schon gefragt, wie ernst es diese Genossen mit ihrem Antrag an den Parteitag gemeint haben, wie ernst sie Parteitagsbeschlüsse nehmen, wie ernst ihr Parteiverhältnis ist. Daß ich dafür zwei Fahrttage und 150 Mark Fahrgeld einsetzte, ist noch das geringste Übel.

Ihr seht, ich stimme einigen Kritikpunkten im Aufsatz von Klaus Steiniger zu, anderen nicht und in wieder anderen Fragen scheint mir eure Position an den Haaren herbeigezogen. Bei aller Kritik, ich kann mit der von Euch kritisierten Erklärung gut leben.

**Klaus Steiniger:** Die Tatsache, daß sich zwei namhafte Theoretiker der DKP aus der alten Bundesrepublik - zwei gestandene Kommunisten - mit ihren kritischen Positionen im „RotFuchs“ zu Wort melden, begrüße ich sehr. Das umso mehr, als ein solcher, von mir angestrebter Meinungsstreit über unterschiedliche ideologische Positionen in unserer Partei aufgrund der Verweigerungshaltung der UZ in der zentralen Zeitung der DKP leider nicht möglich war. Was eigene Standpunkte betrifft, verweise ich auf meinen Artikel „Über das Addieren von Äpfeln und Birnen“, den ich uneingeschränkt aufrechterhalte. Ich hätte mir lediglich gewünscht, in einigen Passagen verbindlichere Formulierungen gefunden zu haben, um deutlich zu machen: Wir DKP-Mitglieder in der DDR fühlen uns den westdeutschen Genossen in unerschütterlicher Solidarität verbunden und haben die größte Achtung davor, daß sie jahrzehntelang trotz Verfolgung und Einkerkelung, trotz Hohn und Spott in der

DDR ihr Deutschland - das revolutionäre Vaterland des bewußten Teils der ganzen deutschen Arbeiterklasse - gesehen haben. Ich freue mich, daß Willi und Robert in zwei ideologischen Kernfragen Positionen einnehmen, die von den Genossen der Gruppe Nordost und der „RotFuchs“-Redaktion voll geteilt werden: Es handelt sich um die Feststellung, daß die DDR die höchste Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gewesen ist, und um die Tatsache, daß 1989/90 auf deutschem Boden eine Konterrevolution stattgefunden hat. Das ist übrigens - im Unterschied zu Willis Meinung - in der DKP keineswegs unstrittig. Zu beiden Fragen schweigt sich die Parteiführung in offiziellen Dokumenten aus. In der Erklärung zu den 50. Jahrestagen von BRD und DDR wird die Thematik - höflich ausgedrückt - ausgeklammert. Aus dem Kontext des Dokuments ergibt sich jedoch, daß die Verfasser des DDR-Abschnitts dazu konträre Standpunkte einnehmen. Der Vollständigkeit halber sei hier daran erinnert, daß es ein nichtbehandelter Antrag der Gruppe Nordost an den 14. Parteitag war, in dem explizit gefordert wurde, die DDR als größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes zu bezeichnen. Ähnliche Vorschläge wurden auch aus Brandenburg und einigen westdeutschen Kreisen unterbreitet.

Die Sicht der Parteiführung hierzu ist offenbar anders. Am 8. Oktober schrieb J. Peters über eine DKP-Konferenz, die sich mit der DDR beschäftigt hatte, folgendes in der UZ: „Viele Beispiele der Friedenspolitik, des Antifaschismus und der anti-imperialistischen Solidarität sowie der Sozialpolitik der sozialistischen DDR wurden herausgearbeitet, die große Errungenschaften der Arbeiterbewegung waren“. Also einzelne Errungenschaften, nicht aber die DDR selbst als Errungenschaft. Das ist ein bedeutender Unterschied!

Natürlich sind wir mit Robert einer Meinung, daß die keineswegs nur in Faktoren äußerer Druckausübung und Einwirkung zu suchenden Gründe für die Niederlage des Sozialismus in der DDR nicht verschwiegen werden dürfen. Es gab genügend hausgemachte Fehler. Ob es allerdings eine „Dialektik von Errungenschaft und Niederlage“ gibt, wage ich zu bezweifeln. Den Errungenschaften war die spätere Niederlage nach meiner Auffassung nicht innewohnend oder wesenseigen. Und auch das gebe ich zu bedenken: Selbst wenn die DDR keine Fehler begangen und keine Defizite besessen hätte, wäre sie 1989/90 aufgrund der strategischen Entscheidung Moskaus, sie preiszugeben, gefallen. Ich bin der Ansicht, daß die äußeren Gründe für das Ende der DDR entscheidend waren, anders als beim Zusammenbruch der Sowjetunion.

Offensichtlich spielen in der Politik der Partei Massenstimmungen und Massen- druck sowie das Bedürfnis, populistisch auf sie einzugehen, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Besonders auch Roberts Beitrag macht das deutlich. Doch ein programmatisches oder strategisches Material der Partei erfüllt keine Agitationszwecke des Augenblicks, sondern muß wissenschaftlich exakte, marxistisch-leninistisch fundierte Aussagen treffen - und zwar völlig unabhängig davon, ob sie zum gegebenen Zeitpunkt Anklang finden oder nicht. Eine kommunistische Partei ist es gewohnt, gegen den Strom zu schwimmen und ihr Handeln nicht allein darauf zu konzentrieren, ob man „ankommt“.

Zu Einzelfragen: Der Satz „Die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme ...“ ( von Systemen ist die Rede und nicht von Staaten), stellt nicht nur, wie Willi meint, „eine unglückliche Formulierung“ dar, sondern markiert eine durch und durch unmarxistische Position. Anders formuliert Gysi in seinem „Dritten Weg“ auch nicht! Es handelt sich nicht darum, daß hier zufällig in die falsche Begriffskiste gegriffen worden ist oder daß man sorgfältiger hätte formulieren sollen. Wer die Unterlassung des Vermischens der Systeme bedauert, irrt weit vom Wege ab. Und: Man kann über Thesen eines theoretischen Dokuments der Partei, dessen Wortwahl genau überlegt sein muß, nicht nachträglich sagen, sie seien eigentlich ganz anders gemeint gewesen. Zumal dann, wenn dieses Dokument monatelang im kleinen Kreis debattiert und von zwei aufeinanderfolgenden Parteivorstandstagen behandelt worden ist.

Was die von der Arbeiterbewegung Westdeutschlands - mit der DDR im Rücken - in erbittertem Klassenkampf gegen das System durchgesetzten sozialen und demokratischen Errungenschaften betrifft, so zieht niemand die Notwendigkeit in Zweifel, sie entschieden zu verteidigen. Doch wäre es ein gewaltiger theoretischer und praktischer Unfug, sie als „die besten Elemente“ des Kapitalismus auszugeben. Sie sind fundamental gegen das System gerichtet. Jedenfalls ihr Kern, da es ja auch von der Bourgeoisie selbst gewollte sogenannte Zugeständnisse zur Korruption und Ruhigstellung der Arbeiterklasse der imperialistischen Hauptländer mit einem Teil der Beute aus der 3. Welt gibt.

Zu der „Spur“, die die DDR dem umstrittenen Dokument zufolge, mit dem ich „nicht gut leben kann“, hinterlassen hat: Bei der Entscheidung für diesen Begriff (übrigens ist nicht von einer tiefen Spur die Rede) wird die Absicht unverkennbar. Da man die DDR nicht als größte Errungenschaft bezeichnen wollte, hat man ihr wenigstens eine Spur zugebilligt, die sich - folgt man dem Sprachgebrauch - übrigens auch wieder beseitigen läßt. Daß es sich nicht um

einen Zufall gehandelt hat, zeigt die Tatsache, daß in der UZ-Ausgabe für die Zeit vom

1. bis 8. Oktober kein dem DDR-Jubiläum gewidmeter redaktioneller Artikel (vom Feuilleton abgesehen) erschienen ist. Im Unterschied zu Zeitungen wie „junge welt“, „Die Rote Fahne“ (KPD) und anderen unterblieb eine angemessene Würdigung. Übrigens, eine „Kluft“ - auch eine kleine - zwischen den nichtantagonistischen Klassen und Schichten in der DDR gab es nicht, wohl aber deutliche Unterschiede. In der Gesellschaft der DDR herrschte Solidarität, in der bürgerlichen Gesellschaft der BRD gibt es sie nicht. Oder gehört die Arbeiterklasse zur bürgerlichen Gesellschaft? Antifaschismus war die Staatsdoktrin der DDR, nicht aber die der BRD; daß westdeutsche Antifaschisten alles getan haben, um für eine konsequente Aufhellung der deutschen Geschichte zu sorgen, gehört zu ihren großen Verdiensten. Bisweilen hat man den Eindruck, daß unsere Diskussionspartner aus der alten BRD bei der Anerkennung der Tatsache, daß die DDR von einer durch äußere und innere Faktoren begünstigten Konterrevolution zu Fall gebracht worden ist, nicht bis zur letzten Konsequenz vordringen. Die Annexion der DDR war die Krönung der Konterrevolution, zu der auch - sonst hätte sie nicht stattfinden können - die systematische Zersetzung und konterrevolutionäre Manipulierung des Massenbewußtseins gehört.

Noch ein Wort zu Roberts Beschwerde über das Nichterscheinen zur Beratung einer Kommission, die sich laut Parteitagbeschuß mit der Auswertung der Erfahrungen der DDR, nicht aber der „Aufarbeitung“ ihrer Geschichte befassen sollte. Es wäre gut zu wissen, wer wen wann und wie zu dieser Sitzung eingeladen hat. In der Gruppe Nordost und ihrer Leitung waren Informationen darüber jedenfalls nicht eingegangen.

Willi bedauert „unsolidarische Polemik“. Sie sollte in der Tat unterbleiben, nicht aber Polemik schlechthin, geht es doch um die klare Benennung bestehender Meinungsunterschiede und deren solidarischen Abbau. Nicht hilfreich ist dabei die dem „RotFuchs“ und seinem großen Kollektiv gelegentlich zugeschriebene Absicht, sich als „Tugendwächter“ darüber aufzuspielen, daß die Partei nicht vom Pfad des Marxismus-Leninismus abirrt. Wir wähen uns auf keinem Leuchtturm der alleinigen Wahrheit, sondern ringen mit der ganzen Partei um ein möglichst großes Maß an Klarheit.



Seit 1945/46 besteht das von antifaschistischen Widerstandskämpfern erbaute und bis heute geleitete Wohn- und Ferienheim Heideruh in Buchholz am Rande der Nordheide. Spaziergänge durch den Wald, Kutschfahrten, Ausflüge mit dem heimeigenen Bus nach Hamburg, Lüneburg, Stade und Buxtehude, nach Celle, Lübeck und Travemünde, zum Wild- und Vogelpark Walsrode, nach Worpsswede gehören zum Erholungsprogramm. Das Heim ist das ganze Jahr geöffnet. Also, schon jetzt den Urlaub für 2 000 buchen!

**Wohn- und Ferienheim  
Heideruh e.V.,  
Ahornweg 45, 21 244 Buchholz  
i.d. N., Telefon: 04181/8726**

Alle Freunde und Leser des „RotFuchs“ werden gebeten, am

**20. / 21. November 1999**

in der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (ehemalige Hochschule für Ökonomie), Treskowallee 8, Berlin-Karlshorst an der Veranstaltung der Zeitschrift „Offensiv“

**„50 Jahre DDR -  
Für Sozialismus und Frieden -  
Konferenz zur Verteidigung  
des revolutionären Erbes“  
teilzunehmen.**

**Redner:** Rolf Vellay, Walter Florath, Ulrich Huar, Erich Buchholz, Michael Opperskalski, Kurt Gossweiler, Kurt André

**Beginn am 20.11.: 11. 00 Uhr  
Beginn am 21.11.: 09. 00 Uhr  
Unkostenbeitrag 5 DM**

**RotFuchs**

*Email & Internet Adresse*

**DKP-BerlinNO@t-online.de**

**http://home.t-online.de/home/  
DKP-BerlinNO/roffuchs.htm**

**Diese Zeitung wird durch  
Spenden finanziert.**

## Mitgliederversammlung der DKP Gießen:

# Parteizeitungen unterstützen!

Der DKP-Kreisvorstand Gießen stellte uns den nachfolgenden, an die UZ gerichteten und von ihr nicht veröffentlichten Leserbrief zur Verfügung.

Der PV hat auf seiner Sitzung am 12.6. „ein Problem im Zusammenhang mit den Zeitungen“ gesehen, der „RotFuchs“ in Berlin passe „nicht in das Schema“, weil er „vom Inhalt her eine überregionale Zeitung ist, die eigene politische Positionen darstellt“. Ja, darf das denn eine DKP-Zeitung nicht?! Wieso müssen hier „Probleme erörtert und Lösungen gesucht werden“?! Hat der PV keine wichtigeren Aufgaben, als eine kommunistische Zeitung an die ideologische Kandare zu nehmen, die unter vielen DKP-Mitgliedern und Sympathisanten Zuspruch findet, und die sich mit einer hohen Auflage auch noch selbst finanziert? Wenn der PV mit dem Inhalt des „RotFuchs“ nicht ein-

verstanden ist, dann soll er das sagen, aber nicht formale Gründe vorschieben.

Es gibt einige DKP-Zeitungen, die ohne örtlichen Bezug erscheinen und „eigene politische Positionen darstellen“, ohne daß der PV Handlungsbedarf sah. Notwendig ist es, Kreise und Gruppen bei der Herausgabe von Zeitungen zu unterstützen und nicht erfolgreich erscheinende zu disziplinieren.

Dem Bericht des PV war zu entnehmen, daß die Mitgliederentwicklung zumindest stagniert. Dies zu verbessern, sollte vorrangig „erörtert und Lösungen gesucht werden“. Wie schärfen wir unser Profil als kommunistische Partei? Sicher nicht mit Einschätzungen zur Bundesregierung wie im Referat Christian Kobergs (das es u. E. teilweise eher verdient hätte, „mißbilligt“ zu werden, als seinerzeit das von Bruni Steiniger); selbst Kanzler Schröder meint doch klar, „daß die Entscheidung zum Krieg

eine fundamentale Veränderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet hat“. Und behauptet: „Keine andere Regierung als unsere hätte sie so treffen können und so ausgehalten“. Auch haben wir z. B. noch von keiner Kritik oder Nachfrage des PV bzgl. der Haltung der mitregierenden französischen KP zum Krieg gegen Jugoslawien gehört. Die DKP Gießen hat sich auf ihrer Mitgliederversammlung am 24.8. entschieden gegen eine Reglementierung des „RotFuchs“ oder anderer DKP-Zeitungen ausgesprochen. Und noch eine Ergänzung zur Gießener DKP, die nicht nur kritisiert, sondern seit fast 30 Jahren monatlich eine Zeitung herausgibt. Ca. 40 % der Mitglieder waren auf dem UZ-Fest, wir haben 7 Teilnehmer zum Fernstudium anmelden können und werden auf unserer nächsten MV das 5. neue Mitglied in diesem Jahr aufnehmen.

## Ein Standpunkt aus Hessen:

# Die Dinge klar benennen

*Das DKP-Info der hessischen Bezirksorganisation veröffentlichte in seiner Ausgabe 3/99 einen Beitrag von Michael Beltz unter der Überschrift „Fehlt die Lust oder die Überzeugung oder was sonst?“, aus dem wir wesentliche Passagen nachdrucken.*

Aus vielen hessischen Kreisen sind Klagen darüber zu hören, daß am Parteileben wenig Interesse besteht. Ob es um einen Info-Stand geht, um Mobilisierung zum UZ-Pressfest - es fehlt die Lust. Woran liegt das - darüber müssen wir uns die Köpfe zerbrechen. Dem wer nicht vom Ziel überzeugt ist, wird auch nicht kämpfen. Hier soll der Versuch unternommen werden, ein paar Ursachen zu benennen.

a) Objektive Gründe - Nach dem Sieg der Konterrevolution hat der Kapitalismus scheinbar alles im Griff. Ob Sozialabbau oder Krieg - nichts ist zu verhindern.

b) Es fehlt eine klare politische Orientierung der DKP.

c) Es fehlt - bedingt durch mannigfaltige Ursachen - die ideologische Klarheit.

Es gibt unterschiedliche Positionen in der Partei, die benannt und diskutiert werden sollten.

### 1. Das Parteiverständnis der DKP

„Die strategische Linie unserer Partei ist, die linken Kräfte zu sammeln und zu linken Bündnissen beizutragen.“ (Leo Mayer am 19.3.99 in der UZ) Diese Aussage war zwar auf Wahlen bezogen, sie ist dennoch eine Position, die in der Partei auch unabhängig von Wahlen (parlamentarischen!) eine Rolle spielt. Die andere Position lautet etwa: Die strategische Linie unserer Partei ist, die linken Kräfte zu sammeln, die sich auf der Grundlage des Marxismus (-Leninismus) sammeln wollen. Diese Sammlung kann dann über Bündnisse und Wahlpolitik nachdenken.

### 2. Friedensbewegung oder Antimilitarismus

Die gelegentliche Überschätzung der Friedens-

„bewegung“ mit dem Postulat: Wie werden Kriege verhindert? Nach Untersuchung der drei großen deutschen Friedensforschungsinstitute gab es 1998 weltweit 33 Kriege. (ISW Grafikdienst Nr. 6) Die seit der Niederlage des Sozialismus ungebremste Aggressivität des Imperialismus hat nicht nur zu mehr Kriegen (auch unter deutscher Beteiligung!) geführt, sondern auch die Gefahr kriegsgerichteter Auseinandersetzungen unter den Großmächten anwachsen und die UNO zu einem Instrument der NATO werden lassen. „Die Verhinderung von Kriegen, die Durchsetzung einer weltweiten Friedensordnung - das sind die wesentlichen politischen Herausforderungen am Ende dieses zweiten Jahrtausends.“ (Christian Koberg, 7.PV-Tagung) Frage: Wie geschieht so etwas unter imperialistischen Bedingungen? Ist der Imperialismus friedensfähig?

### 3. Parlamentarismus - Rolle der SPD

Während Schröder feststellt, daß die neue Bundesregierung mit der „größten Reform in der Geschichte der BRD“ einen „Paradigmenwechsel“ vollzogen hat und daß „die Entscheidung zum Krieg eine fundamentale Veränderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet hat“, von der er behauptet, „keine andere Regierung hätte sie so treffen können und so ausgehalten“ ... , wird im PV-Referat Christian Kobergs davon ausgegangen, daß „die Klasseninteressen des Großkapitals ... die CDU/CSU am konsequentesten vertritt ...

Würden wir also einer solchen Argumentation folgen, daß die SPD-Grüne-Regierungsvariante gefährlicher ist als die der reaktionär-konservativen CDU/CSU, würden wir aus unserer Sicht einen gravierenden Fehler in der Analyse mit entsprechenden Folgen für unsere praktische politische Arbeit machen.“

Laut den Klassikern des Marxismus haben wir ein System, in dem „die Regierungen nichts anderes sind als die geschäftsführenden Aus-

schüsse der herrschenden Klasse“ (F. Engels), in dem „die unterdrückten Klassen das Recht erhalten, einmal im Laufe mehrerer Jahre zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ‘ver- und zertreten’ soll“ (K. Marx), in dem es aber auch gilt, „den ‘Sausstall’ des bürgerlichen Parlamentarismus auszunutzen“. (W. Lenin)

### 4. Was ist die NATO?

Es ist den Parteitagsdelegierten der DKP Offenbach zu verdanken, daß im DKP-Programm zur EU-Wahl die NATO als eine Organisation bezeichnet wird, die schon immer den aggressiven imperialistischen Zielen diente und sich nicht erst zu einer solchen „entwickelt“ hat, wie es im Entwurf hieß.

### 5. BRD und DDR

Sehr diskussionswürdig und -bedürftig sind die Einschätzungen zum 50. Geburtstag der DDR, insbesondere auch in der „Erklärung der DKP zu den 50. Jahrestagen der Gründung der BRD und der DDR“ (UZ Nr. 33), in der bedauert wird: „Es gab keine wirkliche Vereinigung. Es gab nur einen Beitritt ...“ (gab es nicht auch eine Konterrevolution, eine Annexion??) Und wo es weiter heißt: „Eine gründliche Analyse der Fehler in beiden deutschen Teilstaaten wurde bis zum heutigen Tag nicht vorgenommen.“ (Existierte Großdeutschland in „zwei Teilstaaten“ weiter und war auch für die DKP die DDR immer ein Teil der BRD gewesen - mit einer innerdeutschen Grenze???)

Auf diese Weise könnte man in (gesamt-)deutscher Klassenharmonie auch sagen: Eine gründliche Analyse der Fehler Hitlers und Stalins (Adenauers und Ulbrichts ...) Und dann folgt (von einer kommunistischen Partei!) der Satz, der den noch vor Jahren verdammten Dritten Weg weist: „Die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme wurde versäumt.“ Sollen wir nun die guten Elemente des Imperialismus aufspüren?

## Über das Verhältnis von Menschheitsproblemen zu Klassenfragen

# Die Sache mit dem Vorrang

Rückschauen der letzten Zeit auf die Ereignisse der vergangenen 50 Jahre lassen erkennen: Ein neues geschichtliches Subjekt ist ausfindig gemacht worden - der Kalte Krieg! Es wird zum Teil so getan, als habe dieses mystische Etwas, das sozusagen schicksalhaft über uns gekommen sei (etwa in der Art: „Und so begab es sich, daß wir unter den Kalten Krieg fielen ...“), ganz selbständig gehandelt und das Geschehen diktiert. Schließlich sei dieser Vorgang Anfang der 90er Jahre durch eine gemeinsame Erklärung der beiden „Friedensstifter“ Gorbatschow und Bush, die sie auf einem im stürmischen Mittelmeer liegenden Schiff unterzeichneten, aus der Welt geschafft worden.

Klingt das nicht wie ein schlechter Witz, wenn man bedenkt, daß sowohl in Europa als auch im Weltmaßstab - vom Golfkrieg der USA bis zur NATO-Aggression in Jugoslawien (die jetzt mit anderen Mitteln fortgeführt wird und der „Wende“ des Herbstes 1989 in vielem gleicht) - die Sicherung der ökonomischen und politischen Interessen des Imperialismus vielerorts mit Waffengewalt durchgesetzt wird? Und zwar bei Wegfall der diplomatischen Möglichkeiten und der militärischen Kraft des Sozialismus, wie das zwischen 1945 und 1989 der Fall war!

Bis 1987 galt es im sozialistischen Lager als unbestritten, daß es seit der Oktoberrevolution in Rußland und den ihr folgenden Interventionskriegen über den Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart hinein stets das strategische Ziel der Imperialisten war, die neue Gesellschaftsordnung im globalen Maßstab zu bekämpfen, zurückzudrängen und schließlich zu zerschlagen. Im Zusammenhang mit der UNO-Vollversammlung brachte es dann der Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, im Jahre 1987 fertig, auf einer halben Zeitungseite zu schwadronieren, ohne die Klassenauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Stattdessen unterbreitete er den Vorschlag, die UNO zu einer Art Weltregierung zu machen! Trotz der bedrohlichen Entwicklung in der BRD, in Europa und in der Welt seit 1989/91 meinen sogar Personen, die sich als Sozialisten bezeichnen und sich auf Rosa Luxemburg oder August Bebel berufen, soziale Klassen, Klassenbeziehungen und Klassenkämpfe gebe es nicht mehr, denn heute bestünden ganz andere „Interessenkonstellationen“. Sie füllen alten Wein in neue Schläuche und erklären: Menschheitsfragen besitzen Vorrang! Das sind zentrale Orientierungen für die programmatische Debatte - in mancher Hinsicht ein Rückfall hinter bürgerliche Theoretiker vor 1844 in England und Frankreich.

„Die Geschichte tut nichts, sie 'besitzt keinen ungeheuren Reichtum', sie 'kämpft keine Kämpfe'! Es ist vielmehr der Mensch, der wirkliche, lebendige Mensch, der das alles tut, besitzt und kämpft; es ist nicht etwa die 'Geschichte', die den Menschen zum Mittel braucht, um ihre - als ob sie eine aparte Person wäre - Zwecke durchzuarbeiten, sondern sie ist nichts als die Tätigkeit des seine Zwecke verfolgenden Menschen“, schrieb Friedrich Engels schon 1844. (MEW 2/98) Man setze hier für „Geschichte“ den „Kalten Krieg“ ein und prüfe. Oder: „Wenn es also darauf ankommt, die treibenden Mächte zu erforschen, die - bewußt oder unbewußt und zwar sehr häufig unbewußt - hinter den Beweggründen der geschichtlich handelnden Menschen stehn und die eigentlichen letzten Triebkräfte der Geschichte ausmachen, so kann es sich nicht so sehr um die Beweggründe bei einzelnen, wenn auch noch so hervorragenden Menschen handeln, als um diejenigen, welche große Massen, ganze Völker und in jedem Volk wieder ganze Volksklassen in Bewegung setzen (...) Seit der Durchführung der großen Industrie, also mindestens seit dem europäischen Frieden von 1815, war es keinem Menschen in England ein Geheimnis mehr, daß dort der ganze politische Kampf sich drehte um die Herrschaftsansprüche zweier Klassen, der grundbesitzenden Aristokratie (landed aristocracy) und der Bourgeoisie (middle class). In Frankreich kam mit der Rückkehr (des feudalen Herrschergeschlechts - E. K.) der Bourbonen die selbe Tatsache zum Bewußtsein (...) Und seit 1830 wurde als dritter Kämpfer um die Herrschaft in beiden Ländern die Arbeiterklasse, das Proletariat, anerkannt. Die Verhältnisse hatten sich so vereinfacht, daß man die Augen absichtlich verschließen mußte, um nicht im Kampf dieser drei großen Klassen und im Widerstreit ihrer Interessen die treibende Kraft der modernen Geschichte zu sehn - wenigstens in den beiden fortgeschrittensten Ländern“. Das schrieb Engels 40 Jahre später. (MEW 21/298/299)

Seither hat die Entwicklung auf allen Gebieten außer Großbritannien und Frankreich noch zahlreiche weitere Länder erfaßt. Seitdem haben sich die objektiven Interessen der Menschengruppen, die im wesentlichen nur vom Verkauf ihrer Arbeitskraft existieren können, und im Gegensatz dazu derjenigen, denen privat die Arbeitsgegenstände (Rohstoffe, Halbfabrikate ...) und Arbeitsmittel (Werkzeuge, Maschinen, Anlagen ...) gehören, und die sich daher unentgeltlich die Mehrarbeit aneignen, weltweit stärker ausgeprägt.

Menschheitsprobleme sind z. B. die Verrin-

gerung des Raubbaus am Festland und an den Meeren der Erde sowie die Sicherung der natürlichen (z. B. klimatischen) Existenzgrundlagen auch künftiger Generationen; die Überwindung des Hungers und die Sicherung der ausreichenden Ernährung großer Bevölkerungsmassen; die Versorgung der Erdbevölkerung mit Kleidung und Wohnraum; die Lösung der Transportfragen sowie des internationalen gleichberechtigten Handels zum gegenseitigen Vorteil; die Bekämpfung von Krankheiten und früher Sterblichkeit; die Einschränkung der Unwissenheit, ausreichende Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse; die Ausschaltung internationaler militärischer Konflikte, die beim Stand der Waffentechnik verheerende Folgen haben.

Man erkennt sofort, daß die in diesen Problemfeldern liegenden negativen Auswirkungen sich massenhaft auf die von der Bourgeoisie ausgebeuteten Klassen, Schichten und Regionen (z. B. ehemals kolonial oder halbkolonial abhängige Länder) konzentrieren.

Eine Lösung der genannten Menschheitsfragen, die sich als Existenzprobleme von vier Fünfteln der Bevölkerung der vom Kapital beherrschten Länder entpuppen, steht nach wie vor die Tatsache entgegen, daß Ausgangspunkt, Grundlage, Wesen, Wirkungsmaßstab und Ziel der kapitalistischen Produktionsweise nicht in erster Hinsicht die Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse, sondern die Ausbeutung ist: die Erlangung von maximalen Unternehmergewinnen, Handelsprofiten, Zinsen und Grundrenten sowie die Bereitstellung von Löhnen und Gehältern für Manager und politisch-ideologische Diener der ökonomisch herrschenden Klassen. Mit anderen Worten: Es geht um die Wohlstandssicherung von etwa 20 Prozent der Bevölkerung des kapitalistisch beherrschten Teils der Welt. 80 Prozent der Menschen dienen dem internationalen Finanzkapital und seinen Helfern lediglich als Mittel ihrer Existenz.

Menschheitsprobleme sind daher auch im 21. Jahrhundert nur als Klassenprobleme zu verstehen und zu analysieren. Wenn sie gelöst werden sollen, müssen die sich verändernden Klassenkräfte konkret und zutreffend charakterisiert und bezeichnet werden. Weltweit gesehen ist der Klassenkampf - trotz der erwähnten Unterschriften auf jenem Mittelmeerschiff - heute schärfer ausgeprägt als bis 1989, wie man insbesondere an den heftigen Angriffen auf Länder sehen kann, in denen es - wenn auch nicht in vollendeter Form - Elemente des Sozialismus gibt.

**Eike Kopf**

Von der Partei der Arbeiterklasse zur dritten deutschen „Volkspartei“

# Abstieg durch Aufstieg

Gregor Gysi - der eigentliche Führer der PDS - hat zwei neue Koordinaten für den politischen Kurs seiner Partei verkündet, die von jenen Teilen der Basis erst verdaut werden müssen, welche noch immer an der Arbeiterbewegung und am Sozialismus festhalten. Er hat dazu aufgerufen, den „kalten Krieg mit der CDU zu beenden“ und ein „sachliches Verhältnis“ zu ihr herzustellen; er hat konstatiert, die PDS habe sich zur „dritten Volkspartei in Deutschland“ entwickelt.

Vorausgegangen waren zwei andere Erklärungen reformistischer PDS-Spitzenpolitiker: André Bries explizite Absage an den marxistischen Klassenbegriff und die „Freund-Feind-Einteilung der Gesellschaft“ und Lothar Biskys Aufforderung, zügig die „von der SPD geräumten politischen Felder zu besetzen“. Als ob die SPD bei ihrer Drift in die liberal-konservative „neue Mitte“ geradezu paradiesische politische Landschaften verlassen hätte! Um diesen irigen Eindruck zu erwecken, wird ja denn auch das durch die Sozialdemokratie in der Vergangenheit „Geleistete“ in Gysis 12 Thesen geradezu idyllisiert.

Tatsache ist, daß die PDS im Osten Deutschlands jetzt den bisherigen Platz der SPD politisch eingenommen hat. Sie ist in diesem Teil der BRD tatsächlich und offenbar auf Dauer zur zweiten politischen Kraft geworden - ein Rang, der nach den Spielregeln der bürgerlichen Demokratie immer den Sozialdemokraten gehörte. Hinter der Ohrfeige für die SPD und dem massiven Votum für die PDS steht eine deutliche Absage an den antisozialen Kurs der Schröder-Regierung, die Deutschland in den Aggressionskrieg gegen Jugoslawien gestürzt hat. Im Osten ist das Bekenntnis eines knappen Viertels der Wähler zum Frieden und zur einzigen Partei, die im Bundestag gegen den NATO-Überfall gestimmt hat, ein den Wahlausgang mitentscheidender Faktor gewesen. Im Westen funktionierte die Meinungs-Gleichschaltung durch die Medien fast perfekt: der Krieg spielte beim Urnengang keine große Rolle.

Doch die Bourgeoisie zeigt sich - trotz allen Lärmens und Fabulierens gewisser Politiker - ganz und gar unbesorgt. Von der PDS droht ihr keine Gefahr. Mit ihr wird es wohl kaum zu unliebsamen Erschütterungen kommen - von der proletarischen Revolution ganz zu schweigen! Diese ins Fahrwasser anderer drängende Linkspartei hat das Zeug, das von der angeschlagenen SPD aufgegebene Terrain schnell und verlässlich zu besetzen. Mecklenburg-Vorpommern, wo Helmut Holter

mit Harald Ringstorff um die Palme des besseren Sozialdemokraten wetteifert, zeigt das täglich. Und in Sachsen hat PDS-Fraktionsführer Peter Porsch Regierungschef Kurt Biedenkopf noch am Wahlabend vorlaufenden Kameras versichert, der „Wind der Opposition“ werde „zwar schärfer, aber nicht zerstörerisch“ sein. Lafontaine versichert übrigens in seinem Buch „Das Herz schlägt links“, er habe sich mit Gysi darüber verständigt, daß zwei parallele sozialdemokratische Parteien nicht vonnöten seien. So geht es um Arbeitsteilung. Strategisch scheint man übereinzustimmen. Künftig wird die SPD vor allem im Westen und die PDS vor allem im Osten sozialdemokratische Politik transportieren.

Jetzt spätestens ist klar, warum die Reformisten und Revisionisten an der Spitze der PDS schon im Dezember 1989 mit ihrem als „Sonderparteitag“ deklarierten Putschkongreß in der Berliner Dynamo-Sporthalle so eilig von der „Partei der Arbeiterklasse“ weg wollten; warum sie die SED-Betriebsgruppen selbst zerschlugen und die Genossen in die Wohngruppen „überführten“, wo die meisten von ihnen dann niemals ankamen: Schon damals liebäugelten Gysi & Co mit der Vision einer „Volkspartei“ anstelle der ihnen verhassten Klassenpartei. Doch diese scheinbar klassenindifferente und ideologieübergreifende Wählerpartei, in der angeblich jeder eine „politische Heimat“ findet, ist nichts als Lug und Trug. Die Massenmedien sprechen fast liebevoll von „der Union“ und den Sozialdemokraten als den „bei-

den großen Volksparteien“, um das Klassenwesen der Diktatur des Kapitals und ihrer politischen Hauptinstrumente zu verschleiern. Für Marxisten war die Rollenverteilung in diesem Hütchenspiel allerdings stets durchschaubar.

Wenn die PDS ihren weiteren Aufstieg zur „dazugehörigen“ dritten „Volkspartei“, die in die imperialistische Ordnung der BRD „eingebettet“ ist, mit Erfolg betreiben will, dann muß sie ihren rasanten ideologischen Abstieg fortsetzen. André Bries Theorie von der „klassenlosen Gesellschaft“ anderer Art sowie Michael Bries und Dieter Kleins bürgerliches Geschwätz, das als „Gysis 12 Thesen“ auf den politischen Flohmarkt kam, lassen erkennen, daß die PDS-Führung um gute Noten von den anderen „Volksparteien“ ringt. Neuerdings selbst von der CDU, die in Deutschland unter Adenauer den Kalten Krieg vom Zaun gebrochen hat, den die PDS jetzt gegenüber Schönbohm, Schäuble und Diepgen einstellen will. In der deutschen Metropole trügen beide Parteien nunmehr die „Hauptverantwortung für die Überwindung der Spaltung der Stadt“, erklärte Gysi. Und: „Wenn PDS und CDU das nicht leisten, was die SPD nicht kann, bleibt die Gesellschaft in Berlin tief gespalten.“ Von Angela Merkel kam sofort das erhoffte Blinksignal. Auch die CDU will ihr Verhältnis zur PDS „versachlichen“. Gysi hat beim Klassenfeind Punkte gemacht. Wo ist die PDS nur angekommen!

R. F.

## Zweimal imperialistische „Globalisierung“

USA-Zeichnung um die Jahrhundertwende und die Sicht unseres Grafikers SHAHAR



## Ist der Kapitalismus eine Alternative zum Sozialismus?

# Fragen über Fragen

Die vom 14. Parteitag als Arbeits- und Diskussionsmaterial (!) beschlossenen Sozialismus-Vorstellungen der DKP tragen den Titel „Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus“. Wenn es sich tatsächlich nur um eine „Alternative“, also um die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten, handeln sollte, ist dann die Überschrift des Dokuments nicht auch umkehrbar? Kapitalismus als Alternative zum Sozialismus? ... Erscheint das nun als theoretische Spitzfindigkeit oder handelt es sich nur um eine rein semantische Angelegenheit? Ich halte es für ein hochaktuelles, weil ideologisches Problem, das mit der Niederlage der sozialistischen Revolution durchaus im Zusammenhang steht. Hier herrscht noch heute große Verwirrung. Warum?

Mit der vom amerikanischen Kapital nach dem 2. Weltkrieg vorangetriebenen Restauration des Imperialismus in Westeuropa - dem sogenannten Wirtschaftswunder - entwickelte sich bei vielen Bürgern, vor allem in Westdeutschland ein relativer Wohlstand. Mit der nachfolgenden Expansion des neuerstärkten westdeutschen Imperialismus, der die Ausplünderung fremder Völker und die ökologische Zerstörung ganzer Landstriche in großem Stil forcierte, wurde die BRD zu einem extremen Ausbeuterstaat. Das führte zur Notwendigkeit und zur Möglichkeit der Einräumung bedeutender sozialer Zugeständnisse an nahezu alle Bürger der BRD, um sie durch Beteiligung an den Ergebnissen der Ausplünderung der 3. Welt und der ins Land geholten Ausländer ruhigzustellen. Andererseits diente der den Werktätigen auch wegen der Existenz der DDR eingeräumte und zum Teil von ihnen erkämpfte Lebensstandard als Waffe gegen den Sozialismus.

Dieser relative materielle Wohlstand wurde zur ökonomischen Grundlage für die ideologische These von der angeblichen Überlegenheit des Kapitalismus über den Sozialismus, dem keine vergleichbaren Hilfsquellen zur Verfügung standen und stehen konnten. Der Kapitalismus wurde als die bessere Alternative dargestellt. Unter Einsatz dieser Ideologie war es möglich, die kommunistische Bewegung in Westeuropa zu zersetzen und zu spalten. Man brachte den sogenannten Eurokommunismus ins Spiel, eine Variante des Revisionismus. Er richtete sich unmittelbar gegen die sozialistischen Staaten, in denen das „sowjetische Modell“ versagt habe.

Die Propagierung der angeblich besseren Alternative wirkte - ökonomisch und materiell entsprechend unteretzt - weit in den Warschauer Pakt und in den RGW hinein, wo sich unter den kommunistischen Parteien - beginnend in Polen und in Ungarn - Schritt für Schritt eine Differenzierung vollzog.

Reformismus und der alle moralischen Wertvorstellungen über den Haufen werfende „Gulasch-Kommunismus“ breiteten sich in rasantem Tempo aus. Die latenten konterrevolutionären Prozesse erhielten dadurch starken Auftrieb. Kennzeichnend für die eintretenden Veränderungen war u. a. auch der Wechsel im Denken nicht weniger Kommunisten vor allem tonangebender westeuropäischer Parteien wie der IKP und der FKP, die faktisch zu Sozialdemokraten mutierten. Sie sprachen nun nicht mehr vom parasitären Charakter des Imperialismus, seiner Brutalität und Aggressivität, sondern hoben seine „Vitalität“, seine ökonomische Überlegenheit, seine „enormen Fähigkeiten“ zur Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution hervor. Sie taten das, ohne zu bedenken, woher die gewaltigen Akkumulationsmittel dazu tatsächlich stammten. Ja, es wurde sogar von der höheren Effektivität des Imperialismus gesprochen (solange man diesen Begriff überhaupt noch verwendete), dessen Möglichkeiten „noch lange nicht ausgereizt“ seien.

Auf die Spitze wurde das Verlassen marxistischer Positionen getrieben, indem nunmehr überhaupt nicht mehr nach „Alternativen“ zum Kapitalismus gesucht wurde, sondern stattdessen (etwa seit 1968) nach „modernen“ Alternativen zum existierenden Sozialismus.

Dabei steht nicht eine Alternative - also eine ausschließlich vom Willen abhängige Auswahl - auf der Tagesordnung der Geschichte, sondern vielmehr die objektiv begründete, historisch notwendige Überwindung und Aufhebung des Imperialismus, seiner perfektionierten Ausplünderung der Völker, seiner Kriege, des gewaltigen Elends, das er der Menschheit gebracht hat und immer noch bringt. Erzeugt der Begriff Alternative nicht ungewollt den Irrglauben, der Kapitalismus könnte doch gesellschaftliche Probleme lösen, der Sozialismus nur etwas besser? Ist das nicht gerade das Konzept, dem die Reformier mit ihrem „Moderne“-Geschwätz hinterherlaufen?

Den Sozialismus kann sich die Gesellschaft nicht aussuchen; er ist und bleibt eine gesetzmäßige Konsequenz, die sich aus dem Kapitalismus ergibt. Oder die Menschheit versinkt in der Barbarei! Das Erfordernis, die historischen Zwänge und Notwendigkeiten zu analysieren, bildet die Grundlage für revolutionäres, zielgerichtetes Handeln statt der alternativen „Wahl“ eines „Modells“.

Nun könnte man ja über eine Mißverständlichkeit des Titels „Alternative“ hinwegsehen, wenn nicht im Text der „Vorstellungen“, insbesondere bei der analysefreien Beschreibung von „Fehlern“ der zwischen 1917 und 1990 erfolgten Sozialismus-„Versuche“, die Absicht durchschimmern würde,

eine Alternative zu jenem Sozialismus vorzustellen, wie er tatsächlich bestand. Man könnte auch darüber hinwegsehen, wenn die „Vorstellungen“ vom künftigen Sozialismus nicht auf einem völlig illusionären Wunschdenken beruhen würden.

Mich beschäftigt eine weitere Frage: Schränkt die Reduzierung der „Alternative“ auf das Verhältnis Kapitalismus/Sozialismus das vor der Menschheit stehende Problem nicht unzulässig ein? Der Sozialismus löst ja nicht nur den Kapitalismus ab, sondern bedeutet, die Ausbeuterherrschaft überhaupt aufzuheben. Er vollzieht also nicht schlechthin den Übergang von einer Gesellschaftsordnung zu einer anderen. Die Dimension des Vorgangs ist uns offensichtlich etwas aus dem Blickfeld geraten. Geht es nicht darum, die Hinterlassenschaft von mehreren tausend Jahren Ausbeutung und geistiger Verengung zu überwinden und gleichzeitig das Erbe der Produktivkräfte und der Kultur zu retten? Das ist weit mehr als eine bloße „Alternative“ zum Kapitalismus. Dieser Blickwinkel erscheint mir unerlässlich, wollen wir nicht auf das Gleis irgendwelcher national benutzter Definitionen des Sozialismus geraten.

Gerade das ist eine wichtige Erfahrung und Lehre aus den bisherigen sozialistischen Revolutionen: Überlieferte Ideologien lassen sich nicht in 40 oder 70 Jahren überwinden. Allein die Befreiung von Ausbeutung und die Schaffung sozialistischen Eigentums bringen nicht automatisch neue gesellschaftliche Beziehungen hervor. Eigennutz und Kriminalität besitzen ein zähes Leben. Die Widersprüche von Kultur und Unkultur wirken lange fort. Es ist eine fatale Illusion, innerhalb kurzer Zeit, gewissermaßen mit einem Schlag, Sozialismus haben zu wollen, der unseren „Vorstellungen“ entspricht. Das ist ein mühseliger Prozeß! Als wir 1952 an den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR herangingen, ahnten wir nicht, welche Last vielschichtiger, tiefverwurzelter und weitverzweigter Ausbeutungsverhältnisse auf den Menschen ruht.

Antworten finden wir nur, wenn wir die bisherige Geschichte weiter fassen als die Zeit des Kapitalismus, wenn wir in die Zukunft mehr einbeziehen als nur den Sozialismus, und wenn wir uns nicht auf ein Land allein beschränken, sondern das Schicksal der ganzen Menschheit im Auge behalten. In Wirklichkeit geht es also nicht um irgendeine „Alternative“, sondern um den revolutionären Übergang von der im Innern wie international ausbeuterischen Klassengesellschaft zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus. In diesem Kontext hat der Sozialismus seinen Platz.

**Norbert Pauligk**

*Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (13)*

## Kontinuität von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie?

Ende der 80er Jahre wurde bei uns behauptet, es gebe eine Kontinuität von bürgerlicher zu sozialistischer Demokratie. Ausgerechnet Mitarbeiter des Instituts für wissenschaftlichen Kommunismus an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED warteten mit dieser Theorie auf. Dabei war sie nicht einmal neu. In ihren Ursprüngen geht sie bis auf Kautsky zurück, der meinte, daß die Arbeiterparteien mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts die Mehrheit erringen und unter Ausnutzung der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus gelangen könnten. Er berief sich dabei auf eine auf die englischen Verhältnisse bezogene Äußerung von Marx. Kautsky übersah jedoch, daß es zu diesem Zeitpunkt in England noch keinen Imperialismus und keinen Militarismus gab, worauf Lenin schon hinwies. Eine weitere Äußerung von Marx gegenüber einem englischen Zeitungskorrespondenten (die Kautsky möglicherweise noch nicht kannte; es waren zu seiner Zeit noch nicht alle Schriften von Marx und Engels veröffentlicht) besagt jedoch das Gegenteil. Weil immer wieder die Illusion vom parlamentarischen Weg zum Sozialismus in den Köpfen vieler „Linker“ herumspukt, sei sie hier wörtlich zitiert: „Die englische Bourgeoisie hat sich immer bereit gezeigt, das Urteil der Mehrheit anzunehmen, solange sie das Monopol bei den Wahlen besitzt. Doch seien Sie gewiß, sobald sie in Fragen, die sie für lebenswichtig hält, in der Minderheit sein wird, werden wir uns in einem neuen Krieg der Sklavenhalter gegenübersehen.“ (MEW 17/643)

Frank Berg, ehemals Forschungsbereichsleiter am oben genannten Institut der Berliner Gewi-Akademie, behauptete in mehreren Beiträgen, es gäbe eine Kontinuität zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie. Die marxistisch-leninistische These vom entgegengesetzten Klassencharakter bürgerlicher und sozialistischer Demokratie sei zwar im Prinzip richtig, „aber“ - sie dürfe nicht „vulgär-materialistisch vereinfacht“ werden. Es gäbe „übergreifende Herausforderungen“ für die Entwicklung beider Typen der Demokratie. es müßten alle „progressiven, allgemein-humanistischen Erfahrungen der Menschenrechte aus der nichtsozialistischen Welt bzw. dem nichtmarxistischen Denken in die sozialistische Konzeption und Praxis“ aufgenommen werden. Nachdem Berg die Erfahrungen des „nicht-marxistischen Denkens“ - also der bürgerlichen Ideologie - in die marxistisch-leninistische Staatstheorie integriert hat, folgt logisch „anstelle des Klassenkampfes“ ein „neues positives Zusammenwirken“ bezüg-

lich der Menschenrechte mit dem (nicht genannten!) Gegner und Diskussionspartner, wobei das „konfrontative Herangehen“ überwunden und „pauschale Feindbilder“ abgebaut werden müssen. Es gelte, „von einander zu lernen“. Damit wären also „vulgär-materialistische Vereinfachungen“ wie Klassen, Klassenkampf, konfrontatives Herangehen etc. der marxistisch-leninistischen Staatstheorie aus dem Spiel! Nachdem so der Klassencharakter der Demokratie relativiert wurde, kann man nun getrost behaupten, daß es zwischen beiden Demokratietypen nicht nur Diskontinuität, sondern auch Kontinuität gäbe, wobei die Diskontinuität Stück für Stück aus der Betrachtung verschwindet.

Sofern gemeint sein sollte, daß in beiden Demokratietypen Wahlen stattfinden, stimmt dies sogar. Im abstrakten Sinne ist Demokratie nichts anderes als ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender Staat. In diesem abstrakten Verständnis kann man sogar eine „Kontinuität“ von der antiken Sklavenhalterdemokratie zur sozialistischen Demokratie behaupten. In der Kontinuitätstheorie wird der Klasseninhalt der Demokratie völlig negiert, ist der Bruch mit der marxistisch-leninistischen Staatstheorie vollzogen.

Die Dialektik von Kontinuität und Diskontinuität im Geschichtsprozeß besteht darin, daß in der Entwicklung der Produktivkräfte Kontinuität, in den Produktionsverhältnissen, deren juristische Form die Eigentumsverhältnisse sind, sowie im staatlich-politischen Überbau Diskontinuität besteht. Die bürgerliche Demokratie war zunächst nichts anderes als die politische Widerspiegelung der Konkurrenz unter den Bourgeois. Nach Erkämpfung des Wahlrechts durch die Arbeiterklasse - das Wahlrecht für die Proletarier war kein Geschenk einer „geläuterten, selbstlosen“ Bourgeoisie - wurde sie auch zu einer Arena des Klassenkampfes. Sobald die kapitalistische Klasse ihre Macht und ihr Eigentum an den Produktionsmitteln bedroht sieht, werden die erkämpften! nicht und nicht gewählten! demokratischen Rechte und Freiheiten eingeschränkt bis aufgehoben - das Grundgesetz der BRD erlebte von 1949 bis 1999 etwa 50 „Veränderungen“. Und in kritischen Fällen fahren wie in Santiago de Chile und Jelzins Moskau einfach die Panzer auf und schießen die „Demokratie“ zusammen.

Demokratie als eine Überbauerscheinung muß also aus den Produktionsverhältnissen erklärt werden. Die sozialistische Demokratie ist politischer Ausdruck soziali-

stischer Produktionsverhältnisse. Sie ist die politische Anerkennung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, die politische Daseinsweise und Bewegungsform der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten als den Eigentümern der wichtigsten Produktionsmittel, Banken, Versicherungen etc. Sie ist die Form der Machtausübung der Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei. Letzteres ist zu betonen, denn anders war und ist kein Sozialismus möglich, was die Bourgeoisie sehr gut weiß, während es einige „Linke“ bis heute nicht begriffen haben. Zwischen Privateigentum an Produktionsmitteln und der revolutionären Aufhebung dieses Verhältnisses gibt es keine Kontinuität. Denn: Zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie steht die sozialistische Revolution und Revolutionen sind bisher noch immer die höchste Form geschichtlicher Klassenkämpfe, Bruch mit den bis dahin herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnissen, Bruch mit den Ideologien der bis dahin herrschenden Klassen. Die Kontinuitätstheorie ist historisch und theoretisch unhaltbar.

**Ulrich Huar**

### **Leseempfehlung:**

Lenin: Marxismus und Revisionismus, Werke Bd. 15, S. 19-28  
Über „Demokratie“ und Diktatur, Werke Bd. 28, S. 374-379  
Frank Berg in: Wissenschaftlicher Sozialismus, Informationsbulletin, herausgegeben vom Institut für wissenschaftlichen Kommunismus bei der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Hefte 5/1988 und 1/1989

Herzlich laden wir alle Freunde und Genossen zu einer öffentlichen Veranstaltung der DKP-Gruppe Berlin Nordost am

**Dienstag, dem 23. November  
1999 um 19.00 Uhr**

ins Haus am Franz-Mehring-Platz ein.

Der Marx-Engels-Forscher **Prof. Dr. Eike Kopf**, Erfurt, spricht zu dem Thema

**„Welchen Weg geht China?“**

Der Referent lebte in jüngster Vergangenheit ein Jahr in Peking.

Als uns noch Valentin Falin die „Linie“ gab ...

## Die Aufweichung des Sozialismus

Es ergab sich, daß ich Ulrich Huars Artikel für den Oktober-„RotFuchs“ und ein Material zu einem ähnlichen Thema für die kommende Ausgabe der „Weißenseer Blätter“ vor deren Erscheinen lesen konnte. Da hab ich endlich begriffen, was ich vor 17 Jahren in der Sowjetunion erlebte!

Es handelt sich um einen Vortrag Valentin Falins, damals Abteilungsleiter im Zentralkomitee der KPdSU. Die sowjetische Partei hatte Journalisten aus sozialistischen Staaten dazu eingeladen. Falin belehrte uns, man müsse zwischen bürgerlichem Journalismus und antikommunistischer Hetze unterscheiden. Von einem bürgerlichen Journalisten könne man nicht erwarten, daß er von einem sozialistischen Standpunkt aus über einen sozialistischen Staat berichte. Aber wenn er sachlich bliebe, sei das nicht mit antikommunistischer Hetze gleichzusetzen. Was nicht zu bestreiten ist. Daß dahinter eigentlich schon verborgen war, was Huar von Frank Berg zitiert, nämlich daß „anstelle des Klassenkampfes“ ein „neues positives Zusammenwirken“ bezüglich der Menschenrechte mit dem (nicht genannten) Gegner und Diskussionspartner möglich sei, war mir damals keineswegs klar. Aber in der Diskussion sagte ich, ich verstehe durchaus, daß Genosse Breshnew den Moskauer ARD-Korrespondenten Fritz Pleitgen als Transporteur der Entspannungspolitik der UdSSR nutze. Pleitgen betreibe bürgerlichen Journalismus und keine antikommunistische Hetze wie Herr Löwenthal in seinem ZDF-Magazin. Letztere käme bei den meisten DDR-Bürgern nicht an, wohl aber irritiere so manchen die sachliche bürgerliche Journalistik Pleitgens, der nun einmal anders aus Moskau berichte als der Korrespondent des DDR-Fernsehens. Außerdem: Was Pleitgen sende, könne man in der UdSSR nicht empfangen. Es übe damit auch keine zersetzende Wirkung aus wie in der DDR.

„Das ist Ihr Problem. Damit müssen Sie fertig werden!“ wies mich Falin schroff zurecht. Ich antwortete nicht ohne Schär-

fe: „Das ist mir bekannt. Wenn wir in der DDR das nicht wüßten und alles Erforderliche dagegen täten, wäre ich wohl nicht hier. Aber: Ist es wirklich allein unser Problem?“ Falin ging nicht darauf ein.

In der Pause geschah etwas Merkwürdiges, dessen Bedeutung ich ebenfalls erst Jahre später begriff. Zu mir kamen sowjetische Genossen, Intendanten, Direktoren von Sendern in Grenzgebieten, so einer aus der Estnischen Sowjetrepublik, wo man finnische Sender empfangen und verstehen konnte, auch der Chef von Radio Jerewan, in dessen „Einzugsbereich“ die Türken hineinstrahlten. „Das war aber gut, wie Sie es diesem arroganten Kerl gegeben haben“, sagten sie und klopfen mir freundschaftlich auf die Schulter.

Wie hätte ich damals ahnen können, daß Falin einmal in Hamburg leben und beim Institut für Friedensforschung arbeiten würde, nachdem er als Botschafter der UdSSR in Bonn wohl so manches vorbereitet hatte, damit die BRD die DDR billig einkaufen konnte?! Oder daß er im Oktober 1999 gar auf einer Veranstaltung zur „Würdigung“ der „Verdienste“ der „Heldenstadt“ im konterrevolutionären Spiel in Leipzig auftreten würde?!

Erst nach Huars Wiedergabe der Thesen aus dem Institut für Wissenschaftlichen Kommunismus der Gewi-Akademie beim ZK der SED, worüber im nächsten Heft der „WBI“ mehr zu lesen sein wird - unter anderem auch über die Auffassungen des Herrn Rolf Reissig -, wurde mir klar, wie die revisionistische Zersetzung der KPdSU und auch unter Intellektuellen der SED damals sehr konkret erfolgt ist. In den „WBI“ zitiert Huar einen Dieter Segert vom gleichen Institut, der meinte, es gäbe aus dem „friedlichen Systemwettbewerb auf dem Gebiet der Demokratie auch für uns einiges zu lernen ...“. In einer Reihe von kapitalistischen Ländern, so Segert, habe sich seit 1918 „eine Entwicklung der bürgerlichen Demokratie vollzogen ...“, die sowohl vom Kampf der Arbeiterbewegung und anderen linken Kräften als auch im

Resultat eines Lernprozesses der Bourgeoisie selbst vorangetrieben wurde ...“. In diesem Zusammenhang irritiert mich so einiges an dem Beitrag von Harald Neubert/Robert Steigerwald „Für einen anderen Fortschritt, für einen neuen Sozialismus“ in dem Buch „Gegen den Zeitgeist“. Auf Seite 487 heißt es da: „Es wird deutlich, daß ein Sozialismus der Zukunft nicht allein den Interessen der Arbeiterklasse dient, daß er nicht allein die Erfüllung der historischen Mission einer Klasse sein kann, wie das in der Vergangenheit angenommen wurde. Sozialismus muß das Überleben der ganzen Menschheit gegen die verheerenden Wirkungen der modernen (!) Zivilisation sichern, Wirkungen, die alle Menschen betreffen und deren Ursachen zwar in der Logik des Kapitalismus liegen, aber mehr oder weniger fast alle Schichten der Gesellschaft mitverantworten. Sozialismus ist somit zur Menschheitsaufgabe geworden.“ Wird damit nicht der antagonistische Klassengegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten eliminiert? Es dürfte ziemlich schwierig sein, die „ganze Menschheit“ dazu zu bewegen, einen „neuen Sozialismus“ zu gestalten. Wie will man die Herren der großen Banken, der weltbeherrschenden Konzerne, die ihnen dienstbaren Politiker, Generäle, Richter, Polizisten, die ja nicht von den „verheerenden Wirkungen der modernen Zivilisation“ betroffen sind, sondern diese verursachen, dazu erziehen?

Für mich bleibt der Sozialismus eine Aufgabe der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger, vor allem auch der hungernden, dahinsiechenden Menschen in Afrika, Süd- und Südamerika, ein Ziel des Klassenkampfes. Was nicht heißt Radikalismus zu predigen und zu praktizieren sowie darauf zu verzichten, im „Rahmen des Kapitalismus ... Aktivitäten und entsprechende Fortschritte“ zu ermöglichen, „die zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Volkes dienen“, wie Neubert/Steigerwald schreiben.

Walter Florath

### Auszeichnungen und Bestenabzeichen des neuen Rußland (aus Sowjetskaja Rossija)

Награды и знаки отличия  
НОВОЙ РОССИИ



Für die Eroberung der  
Schwarzmeerflotte



Ehrenbettler



Aktivist der kapitalistischen  
Arbeit



Abzeichen des  
Börsianers



Für besonders humanitäre  
Hilfe

## Ein seriöser Vorschlag aus dem Ruhrgebiet

# „Butter bei die Fische“

Wegen seiner scharfen Sicht gesellschaftlicher Zustände in der Weimarer Republik und daraus abgeleiteter ätzender Kritik sah sich Erich Kästner immer wieder der Frage ausgesetzt: „Wo bleibt das Positive?“ Das werden auch wir Linken des öfteren gefragt, wenn wir - was unser Behuf ist - lauthals protestieren, sobald nur der Lebenslage einfacher Menschen Verschlechterung droht. Ein bißchen ist an der Sache auch dran. Denn oft genug erschöpfen wir uns in purer Ablehnung, und wenn uns Konkretes zur Besserung eines unleugbaren Übels nicht einfällt, dann ziehen wir uns einfach auf die Pauschalforderung zurück: „Den Reichen nehmen - den Armen geben.“ Das ist zwar immer richtig, verpflichtet aber zu nichts, vor allem nicht, wenn man selbst nicht weiß, wie man die Losung umsetzen soll. Nebenbei bemerkt - arm und reich, oben und unten sind keine marxistischen Begriffe zur exakten Durchleuchtung der Klassenkonflikte.

„Den Reichen nehmen ...“. In der gegenwärtigen „Spardiskussion“ kommt da höchstens der Vorschlag, die „Vermögenssteuer“ wieder einzuführen, auf den Tisch. Hatten wir schon mal und dadurch wurde das Forcieren des sogenannten Ungleichgewichts zwischen „reich“ und „arm“ in der BRD keineswegs verhindert. Die Neuauflage, wie sie jetzt von Teilen der SPD und der PDS gefordert wird, bringt nur ein paar Schlagzeilen pro und contra, aber nach aller Erfahrung keine relevante Minderung des Haushaltsdefizits. Dabei hängt das Dauergeplärre von Politikern und in den Medien, daß „wir“ sparen müßten, weil „wir“ über unsere Verhältnisse gelebt haben, einem mittlerweile wirklich zum Hals heraus. Wer ist „wir“? Wen meinen die? Mich? Kann nicht sein, Schulden habe ich nicht, meine Steuern und Abgaben habe ich immer bezahlt, sowohl als einstiger Bergmann als auch heute als Rentner - was also wollen die von mir? Dummes Gequatsche, von wegen „wir“.

Nun sind ja die Zahlen, mit denen auch im „Presseclub“ des WDR am 29. August der Sparzwang begründet wurde, in der Tat beeindruckend: mit eineinhalb Billionen (12 Nullen!) ist der Staat verschuldet. Das kostet im Jahr 84 Milliarden an Zins und Tilgung. Inzwischen weiß selbst das klassische „Milchmädchen“, das angeblich nicht rechnen kann, daß fast jede vierte Mark des Steueraufkommens für das Abstottern der Bundesschuld aufgebracht werden muß. Zusätzlich sind ja auch noch die Belastungen, die sich aus der Verschuldung von Ländern und Kommunen ergeben, zu begleichen. Da der Bund jedes Jahr neue

Schulden machen muß - vornehmlich, um die alten bezahlen zu können -, ist nun wirklich für jedermann einsehbar, und das meine ich jetzt ganz ernst, daß es nicht so weitergehen kann. Und deshalb hat der Eichel im Auftrag des Genossen der Bosse entschieden: 30 Milliarden müssen eingespart werden. U. a. auf Kosten von uns Rentnern. Die jährliche Erhöhung unserer Bezüge wird sich nach der Inflationsrate richten. Woher weiß eigentlich der Eichel schon heute, wie hoch diese im nächsten und im übernächsten Jahr sein wird? Wenn man wüßte, wie sich das Wetter entwickelt, könnte man die Rentenanpassung z. B. auch von der durchschnittlichen Sonneneinstrahlung abhängig machen!

Es fällt tatsächlich schwer, angesichts der offiziellen Verlautbarungen bei dem keineswegs heiteren Thema ernsthaft zu bleiben. Dennoch will ich es versuchen und einen wirklich realistischen und problemlos umsetzbaren Vorschlag machen. Ich komme mir dabei wie ein Schuljunge vor: „Herr Lehrer, ich weiß was!“

Schreibt doch die „Süddeutsche Zeitung“ am 25. August: „Niemand hat in der Koalition auch nur eine vage Idee, woher diese Milliardensumme (der Sparbetrag von Eichel - d. V.) kommen könnte. Die finanzielle Not zwingt zum Wahlbetrug ...“. Also, wenn ich in der Koalition wäre - aber als anständiger Mensch bin ich da natürlich nicht drin, Gott sei Dank! - ich wüßte, wie man an die Milliarden käme, ganz ohne Wahlbetrug, ehrlich. Ist ganz einfach: Die Bundesregierung muß nur das tun, was jedes Unternehmen macht, das Schwierigkeiten hat, aufgenommenes Geld zurückzahlen. Sie muß einen Zahlungsaufschub verlangen! Warum kann der Bund nicht mal die Tilgung und die Zinszahlung für ein Jahr aussetzen? Das wären 84 Milliarden mehr in Eichels Kasse! Aller Defizitsorgen ledig, hätte der Finanzminister noch riesigen Spielraum für die Umsetzung toller Projekte im sozialen und kulturellen Bereich. Wenn man heute von den Rentnern und anderen „kleinen Leuten“, die ohnehin von der Hand in den Mund leben, die Hinnahme der Kürzung erworbener Ansprüche erwartet, - um wieviel mehr kann man dann von denen, die genügend Geld auf der Krallen hatten, um es dem Staat zu leihen, den Ein-Jahres-Aufschub bei Rückzahlung und Zinsertrag fordern? Zuallererst ist das doch wohl den Banken zuzumuten, die zur Hälfte an den dem Staat gewährten Krediten beteiligt sind. Offensichtlich ist für die das Geschäft mit der Staatsverschuldung eine lukrative Sache. 40 Milliarden DM betrogen allein die „flüssigen

Mittel“ der Deutschen Bank, bevor man das US-Institut Bankers Trust kaufte, um so „die größte Bank der Welt“ zu werden - was für unser Selbstwertgefühl als deutsche Rentner so wichtig ist! Da wird schon keine der Verleiherbanken und keine der sonstigen „Kapitalsammelstellen“ wie die großen Versicherungskonzerne (die deutsche Sprache hat richtig schöne Ausdrücke für diese maximal-profitorientierten Akkumulationszentralen! „Kapitalsammelstelle“ hört sich wie „Altkleidersammlung“ der Arbeiterwohlfahrt an!) in Schwierigkeiten geraten, wenn der Bund seine Zahlungen mal ein Jahr aussetzt! Und ebensowenig dürfte diese Gefahr bei den privaten „Besserverdienenden“ bestehen, die durch den Kauf der „Bundes-schätzchen“, wie die Schuldscheine aus der Bundesanleihe liebevoll genannt werden, risikolos und ohne Arbeitsaufwand ihr Vermögen zu mehren trachten. Für diese cashmere-betuchte Schicht böte der Verzicht sogar die Gelegenheit, ihren rampo-nierten gesellschaftlichen Ruf aufzubessern, indem sie einmal konkret dem hehren Anspruch des Grundgesetzes Rechnung trüge, Eigentum verpflichte auch! Und für private Kreditgeber des Bundes, die existentiell auf die fristgemäße Rück- bzw. Zinszahlung angewiesen sind, könnte man ja eine Sozialklausel einbauen, die in solchen nachgewiesenen Fällen den Stopp von Tilgung und Zinsleistung aufhobe.

Wie gesagt: Jede Bank gewährt Zahlungsaufschub, um dadurch einem an sich vertrauenswürdigen Klienten seine ökonomische Existenz zu erhalten - das ist ganz normales Geschäftsgebahren. Warum soll das gegenüber dem Bund nicht möglich sein? Das wäre, wenn man es denn wollte, überhaupt kein Problem. Es müßte nur jemand den Vorschlag machen - was hiermit geschehen ist!

Selbst wenn Tilgung und Zinszahlung nur um die Hälfte reduziert würden, verblieben dem Eichel mit 42 Milliarden DM immer noch weit mehr als die von ihm vorgesehenen Einsparungen. Also, „Butter bei die Fische“, wie man bei uns im Ruhrgebiet sagt. Statt Reduzierung der Rentenanpassung und Kürzungen für Arbeitslose und Sozialhilfebedürftige zwei Jahre Halbierung der Tilgung von Bundesschuld und Zinszahlung. Das ist ein durchaus seriöser, realisierbarer Vorschlag und nicht eine derzeit von jeder Chance der Verwirklichung abgehobene Forderung wie das scheinradikale Verlangen nach „Enteignung der Banken, jetzt“.

**Rolf Vellay**

*Aus dem Leben unserer Gruppe*

## Von Rasputin bis Putin

Gründe, sich auf einer öffentlichen Gruppenversammlung zu dem Thema „Von Rasputin bis Putin“ mit der Situation in Rußland zu befassen, gibt es genug: Verarmung und Not in weiten Kreisen der Bevölkerung, skrupellose Bereicherung der „neuen Russen“ und Ausverkauf der Reichtümer des Landes auf der einen Seite - Protest und Widerstand sowie eine mit 550 000 Mitgliedern und 30 Millionen Wählern starke und einflußreiche kommunistische Partei auf der anderen. Die kapitalistischen Strukturen sind noch nicht voll etabliert, die sozialen Widersprüche extrem. Das macht Rußland zum derzeit schwächsten Kettenglied unter den großen Staaten in der Welt des Imperialismus.

In seinem einleitenden Referat skizzierte Klaus Steiniger zunächst die Klassenstruktur. Sie ist gekennzeichnet durch die vor allem Banken, Medien und Rohstoffindustrie repräsentierende, eng mit dem Auslandskapital verbundene und in mafiosen Strukturen organisierte Kompradorenbourgeoisie, eine mit dieser Gruppe kollidierende und noch relativ schwache „nationale“ Bourgeoisie und ein in großem Ausmaß arbeitsloses Proletariat, das weithin vom wissenschaftlichen Sozialismus getrennt ist und zu einem erheblichen Teil unter dem Einfluß antikommunistischer Gewerkschaftsführer steht. Hinzu kommen vielfach noch kollektiv wirtschaftende Bauern, unter denen die Kommunisten erheblichen Einfluß besitzen, und ein starkes städtisches Kleinbürgertum, das sich überwiegend aus Angestellten (von prosperierenden Banken und Versicherungen), Händlern und Dienstleistern zusammensetzt. Die Intelligenz ist entweder systemintegriert oder ausgegliedert und deklassiert.

Die Entwicklung seit 1991 markiert den Abschluß eines längeren konterrevolutionären Prozesses, der mit der inneren, seit Mitte der 80er Jahre forcierten Zersetzung der KPdSU begann und am Ende die Beseitigung der Sowjetmacht, die Liquidierung der UdSSR und - im Weltmaßstab - die Zerstörung des militärischen Gleichgewichts zum Ergebnis hatte.

Bei den zentralen Machtstrukturen handelt es sich um eine Personen- und Präsidialdiktatur des Jelzin-Clans, der mit dem Finanzmagnaten Beresowski, dem Erdöl- und Erdgasimperium Tschernomyrdins u. a. verbunden ist. Unter deren Herrschaft hat sich die soziale Lage der übergroßen Bevölkerungsmehrheit radikal verschlechtert, was z. B. in dramatisch gesunkener Lebenserwartung, emporgeschnellter Kindersterblichkeit, galoppierender Schwerst-kriminalität, der Obdachlosigkeit von Millionen Kindern (Besprisonis) sowie im zerstörerischen Alkoholismus zum Ausdruck kommt.

Die politische Landschaft wird durch starke Regionalisierung mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung geprägt. So ist im Gürtel südlich von Moskau, in Teilen Sibiriens und anderen Gebieten die KPRF, die eine ganze Reihe von Gouverneuren stellt, stärkste politische Kraft, während in den Großstädten Moskau und St. Petersburg die bürgerlichen Parteien Jabloko, Unser Haus Rußland sowie der neue Block des Moskauer Oberbürgermeisters Luschkow die Oberhand haben. (Aufschlußreich: Im St. Petersburg umgebenden Leningrader Gebiet - es heißt noch so - ist der Gouverneur ein Kommunist, was die Vielschichtigkeit der Situation zeigt.) Für die anstehenden Duma-Wahlen ist von Gewicht, daß die systematische politische, ökonomische und militärische Erniedrigung Rußlands durch den Westen, die Mißachtung seiner Sicherheitsinteressen durch die Ostausdehnung der NATO (Rußland bleibt der strategische Feind Nr. 1 des USA-Imperialismus!) von vielen Menschen als schwere Demütigung empfunden wird. Daran knüpfen die KPRF und die mit ihr verbundene Union der Volkspatriotischen Kräfte - ein Block von über hundert Parteien und Organisationen - an.

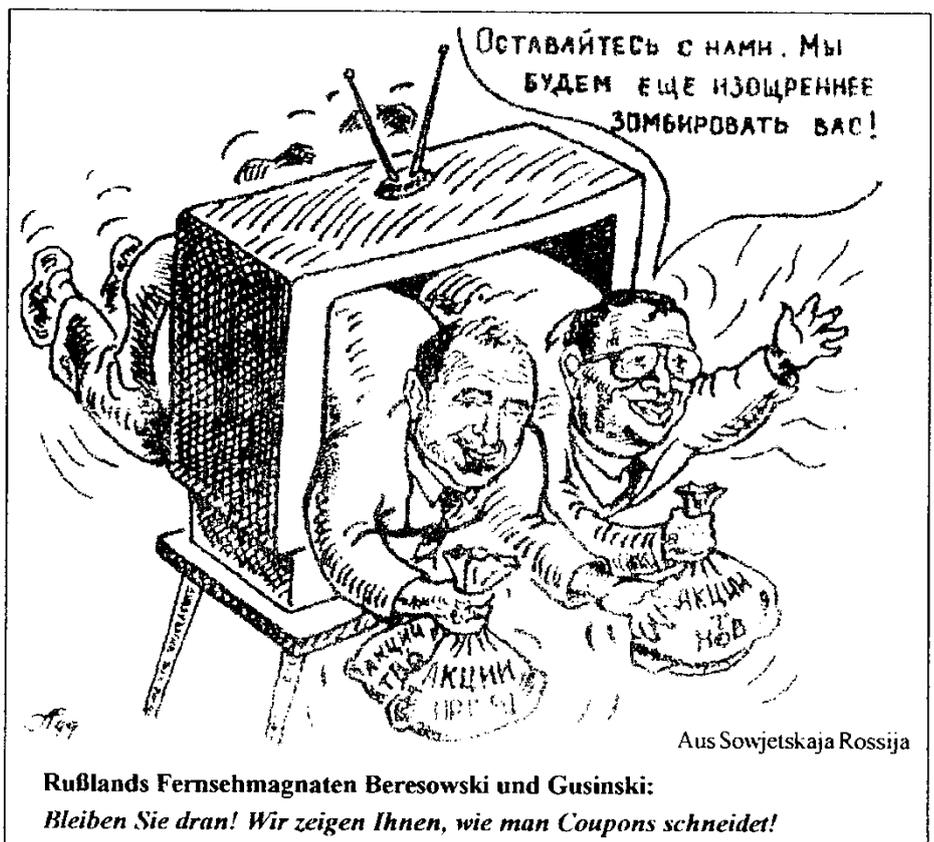
Die Diskussion, in der Walter, Harry, Eberhard und weitere Genossinnen und Genossen sprachen, machte klar, daß das Ende der UdSSR den Untergang eines multinationalen Staates bedeutete, was zwangsläufig die Gefahr von Bürger- und Sezessionskriegen

heraufbeschwor. Es wurde betont, die Konterrevolution habe Jelzins Rußland von einer Weltmacht zu einem drittklassigen Land degradiert. Herausgearbeitet wurde auch, daß die imperialistische Einkreisungspolitik fortgesetzt wird, was sich nicht zuletzt im Tschetschenienkonflikt ausdrückt. Der Westen will Rußland vom Kaspischen Öl abschneiden.

Die Duma-Wahlen wurden als entscheidend für die Zukunft Rußlands bewertet. Es geht dabei um die Frage, ob Moskau noch prononciert auf den manchesterkapitalistischen Weg einschwenkt, oder ob jene Kräfte mehr Einfluß erlangen, die das Volk ständig daran erinnern, daß sein Land nur bei einem etappenweisen Vormarsch zu erneuerten sozialistischen Verhältnissen seinen früheren Einfluß und seine einstige Größe zurückgewinnen kann. Die wesentliche politische Aufgabe besteht dabei - aus der Sicht der KPRF - in der Abwendung eines Bürgerkrieges und in einer gewaltfreien Auseinandersetzung über die künftige Entwicklung der Russischen Föderation.

Die in verschiedenen nationalen Parteien unter dem Dach der Union Kommunistischer Parteien - KPdSU organisierten Kommunisten aller GUS-Länder kämpfen unter der gemeinsamen Losung: Den Werktätigen - die Sowjetmacht! Der Gesellschaft - den Sozialismus! Den Völkern - die erneuerte Sowjetunion!

**Hartwig Strohschein**



**Rußlands Fernsehmagagnaten Beresowski und Gusinski:**

*Blieben Sie dran! Wir zeigen Ihnen, wie man Coupons schneidet!*

## Über die „5. Kolonne“ der NATO in Jugoslawien

# Oppositionelle oder Landesverräter?

Jugoslawen, die vor dem Krieg aus der BRD Freunde oder Familienangehörige in der Heimat anrufen wollten, hatten oft Mühe, eine freie Leitung zu erhalten. Als die NATO-Aggression begann, war das plötzlich vorbei. CIA, BND und die operative Spionage der NATO öffneten das Netz, um so viele Gespräche wie möglich abzuhören ... Das ist inzwischen nicht mehr so - es liegt wohl auch daran, daß das jugoslawische Telekommunikationssystem von der NATO schwer getroffen wurde. Als aber am 20. August der Deutschlandfunk ein Interview mit einem „Oppositionellen“ über die Belgrader Zusammenrottung gegen die gewählte Führung der BRJ sendete und die Leitung - wie das sonst auch häufig der Fall ist - plötzlich zusammenbrach, war die Schuldfrage für den DLF-Sprecher sofort geklärt: „Das Regime hat die Verbindung unterbrochen.“

Das ist nur ein kleines Beispiel dafür, wie die NATO und deren Medien die Bedeutung ihrer 5. Kolonne in Jugoslawien aufblasen, wie sie Stimmung für „Demokraten“ ihrer Couleur und gegen die „poststalinistische Diktatur“ machen. Oder gegen die „rote Bande“, wie es im hiesigen Fernsehen einige Male hieß. Übrigens haben ja auch Spitzenfunktionäre der „demokratischen Sozialisten“ in der BRD und ganz besonders das im Eigentum der PDS stehende ND ihr Herz für diese Art von „Opposition“ entdeckt. Seit dem Ende des Bombenterrors ist kaum eine Woche vergangen, in der „Neues Deutschland“ nicht über deren Aktivitäten berichtet hätte.

Um was für eine „Opposition“ handelt es sich? Die in Jugoslawien von einer regierungsfeindlichen Kundgebung zur anderen hetzenden „Regimekritiker“ sind keine Unbekannten. Sie werden von den NATO-Stäben offen unterstützt und durch westliche Geheimdienste finanziert. Konspirative oder halbkonspirative Treffen fanden in Budapest, Berlin und anderswo statt, synchron dazu offizielle Empfänge durch die Regierungen imperialistischer Mächte. Man läßt sich die Sache etwas kosten. Aus zweistelligen Dollarmillionen, die als „Hilfsgelder“ deklariert sind, sollen bald dreistellige werden.

Beleuchten wir einmal die bekanntesten „Persönlichkeiten“ des „oppositionellen Lagers“. Da haben wir zunächst den adretten Zoran Djindjic. Obwohl Vorsitzender des Kommunistischen Studentenverbandes an einer führenden Universität Jugoslawiens, erhielt er von der BRD-Regierung ein großzügiges Sonderstipendium für „postgraduale Studien“ der Philosophie im Hauptland des europäischen Antikommunismus. Für DKP-Mitglieder galten zu dieser Zeit die eisernen Regeln der Berufsverbote.

So „weitergebildet“, avancierte Djindjic zum Lieblingsjugoslawen des Auswärtigen Amtes, das damals noch von dem vormaligen Chef des Bundesnachrichtendienstes Klaus Kinkel

geleitet wurde. In den BRD-Medien hält der schöne Zoran seitdem die absolute Spitzenposition. Vor den Bomben seiner Gönner verkroch er sich bei ihnen, um von dort als Fahnenflüchtiger dem NATO-Terror zu applaudieren. In Jugoslawien sehen ihn die meisten als das, was er tatsächlich ist: Ein als Politiker aufgepeppter Achtgroschenjunge mit zwielichtigem Hintergrund. Sein reales Gewicht ist aber vorerst so gering, daß die Justiz darauf verzichten konnte, dem Westen einen „Martyrer“ zu liefern und ihn wegen des anhängigen Fahnenfluchtverfahrens zu arretieren.

Ein anderer „Hoffnungsträger“ der „freien Welt“ ist Momcilo Perisic. Auch er nennt sich neuerdings einen „Oppositionellen“, nachdem er wegen schwerer Dienstvergehen als Generalstabschef der jugoslawischen Armee abgesetzt werden mußte; eine Reihe hoher Generäle Belgrads ist der Auffassung, er sei schon vor dem Bombenkrieg den Befehlen des NATO-Oberkommandierenden W. Clark gefolgt.

Da wäre auch noch Vesna Pesic ... Lassen wir ihren dekadenten Lebensstil beiseite, der die notleidenden Menschen verhöhnt, und konzentrieren wir uns auf den Kern ihrer „Politik“: Sie schreit ganz öffentlich nach einer „rumänischen Lösung“. Mit anderen Worten: nach der Ermordung des legitimen und gewählten Präsidenten Jugoslawiens Slobodan Milosevic. Auch im ND bekam die blutrünstige Dame Raum. Ihre ungeheuerliche Äußerung an anderer Stelle brachte der Pesic ein Strafverfahren ein, weshalb sie sich gegenwärtig bei den von der NATO gegen Belgrad vorgeschickten prowestlichen Führern Montenegros aufhält. Erinnert sei an die BRD der 70er und 80er Jahre: „Aufruf zur Gewalt“ oder „Unterstützung“ bzw. „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ heißen die Paragraphen, die Frau Pesic hierzulande ins Gefängnis bringen würden.

Doch während die BRD-Behörden Kriegsgegner mit hohen Geldbußen und Strafbefehlen verfolgen - denn bei uns werden Aktionen gegen eine völkerrechtswidrige Aggression als kriminelles Delikt gewertet - bleiben die Djindjics und Pesics als Helden im Kampf gegen das rote „Milosevic-Regime“ von Vorwürfen ungeschoren. Sie werden sogar hofiert.

Als Auftakt der in letzter Zeit wieder forcierten Kampagne haben am 19. August vor dem Belgrader Parlament „einige Zehntausend“ - so rechnete enttäuscht die BBC - Demonstranten, begleitet von vielen Neugierigen, den Rücktritt des Präsidenten und der Regierung gefordert. Die westlichen Medien erregten sich über polizeiliche Vorkontrollen der aus dem ganzen Land mit Bussen herangeschafften Anhänger rechter Parteien. Als ob es das bei uns gegenüber Linken nicht gegeben hätte und gäbe! Wieviele Demos

wurden in der BRD durch Polizei und BGS massiv behindert oder sogar auseinandergeknüppelt. „Reisechaoten“, „herangekarrte Autonome“, „gewaltbereite Antifas“, „kurdische Terroristen“ nannten die Medien diese Opfer staatlicher Gewalt. Und wie oft endete die Busfahrt an der „Vorkontrolle“ auf der Autobahn mit Festnahme, Internierung in Polizeikasernen und ungeheizten Turnhallen oder eingekesselt auf freiem Feld ...

Djindjic, Pesic & Co. wissen, daß sie bei freien Wahlen auf der Grundlage der jugoslawischen Verfassung den Kürzeren ziehen würden. Auch ihre Hintermänner im Westen machen daraus kein Hehl. Noch sitze Milosevic trotz der Tumulte „fest im Sattel“, bemerken selbst Kommentatoren von ARD und ZDF. Erst nach langem Zögern hat die „Opposition“ daher in die von Milosevic angebotenen Neuwahlen eingewilligt - unter grotesken „Bedingungen“. Sie sollen de facto erst stattfinden, wenn die patriotische Regierung ihren Sturz selbst mit vorbereitet und die überwiegend den Volksinteressen dienenden jugoslawischen Medien gleichgeschaltet sind.

Die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Völker Jugoslawiens war das Hauptziel des 78tägigen Bombenkrieges der NATO. Damit sollte die demokratische Regierung des Landes geschwächt, das politische, wirtschaftliche und soziale System untergraben und sturmreif geschossen werden. Manches an dieser Situation erinnert an das Madrid der Volksfront von 1936-1939, an die gnadenlose Erdrosselung der Spanischen Republik durch die „westlichen Demokratien“. Allerdings spielten damals Hitler und Mussolini die Rolle des Rammbocks und die anderen Imperialisten zogen sich auf die heimtückische Position der „Nichteinmischung“ zurück. Doch auch die „5. Kolonne“, die nun die NATO mit korrupten und verräterischen Figuren agieren läßt, hat es in Spanien bereits gegeben. Dort kam der heute allgemein verwendete Begriff für Verräter hinter den eigenen Linien sogar ursprünglich auf. Eine „Opposition“, die mit dem hohlen Versprechen auftritt, anstelle der von der NATO umlauerten und blockierten BRJ ein „besseres Jugoslawien“ errichten zu wollen, erinnert fatal an manche „DDR-Bürgerrechtler“ und andere „Reformer“ vom Herbst 1989. Ob Naivität und politische Feigheit oder Käuflichkeit und bewußter Verrat dabei im Spiel sind, war und ist gestern wie heute - am Ergebnis gemessen - unerheblich. Die Mehrheit der Jugoslawen steht offensichtlich nicht oder noch nicht auf Seiten der NATO-Aggressoren und ihrer „oppositionellen“ Kollaborateure.

Allen, die standhalten, auch in Zukunft den Rücken zu stärken, ist weltweite Pflicht der Kommunisten.

**Werner Hoppe**

## Der Unrat des Michael Koth

Der Werbeflur überdrüssig, die einem da täglich ins Haus schwappt, beläßt man es bei einem flüchtigen Blick auf die bunten Prospekte und Kataloge, um sie alsdann dem Altpapier zuzuführen. Anders ist das, wenn ein scheinbares Reklameblatt schon auf der Titelseite verkündet: **Für die Unterdrückten! - Gegen die Ausbeuter!**

Mit solchem Appell versieht ein von Berlin aus operierender „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ ein dubioses Druckerzeugnis, das derzeit verschickt wird, und als dessen pressegesetzlich Verantwortlicher ein in informierten Kreisen sattem bekannter politischer Provokateur Namens Michael Koth ausgewiesen wird. Die kleine Schrift geht gezielt an Adressaten, die durch linke Gesinnung und DDR-Verbundenheit „aufgefallen“ sind. Indem die Versender den Eindruck erwecken, selbst „Revolutionäre“ radikalster Art zu sein, hoffen sie bei dieser Klientel Gehör zu finden - und vielleicht auch Einfallspinsel, die sich dem ominösen „Kampfbund“ anschließen.

Was zu diesem Zweck an antikapitalistischer Verbalistik eingesetzt wird, hört sich höchst rebellisch an. Mit schwerem Phrasengeschütz wird auf das internationale Großkapital und dessen politische Sachwalter gefeuert. Der „verbrecherische US-Imperialismus und seine Helfershelfer“ geraten ebenso unter Beschuß wie die „EU-Administration“ und die Bundesregierung, deren Politik als „kapitalistischer Extremismus und Fundamentalismus“ angeprangert wird. Auf's Korn nimmt man auch den „verderblichen Einfluß der Banken, Versicherungen und Großunternehmen auf die Politik“. Als „unmittelbare Gegner“ hat der „Kampfbund“ die Führungsmannschaften von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen auserkoren. Pro forma werden sogar Platzpatronen auf Republikaner und DVU abgefeuert, weil diese „an die Seite der Parteien des Großkapitals gerückt“ seien und - aufgemerkt! - zugleich wegen deren „böartigem Antikommunismus gegen die Bürger der Ex-DDR“. Schließlich bekommt auch die PDS ihr Fett ab - dies wegen der „Tendenzen“ ihrer Führung, „sich dem politischen Geschäftsgewahren der Altparteien anzupassen, ihre Wähler zu verraten und sich immer abwertender zur Geschichte der DDR zu äußern.“

Wer nun versucht sein sollte, in jener „modernen“, revolutionären und anti-imperialistischen Organisation“ - wie sich die „Kampfbündler“ etikettieren - einen

potentiellen Verbündeten entdeckt zu haben, erliegt einem Trugschluß. Das rote Gewand nämlich, in dem sie daherkommen, ist ein bloßer Tarnmantel. Unter dem aber zeigt sich der Pferdefuß des Neonazismus. Man muß nur etwas genauer hinschauen. Denn: raffinierter als die Führerschaft anderer brauner Truppen verstehen sich die Macher und Hintermänner dieser Sturmabteilung darauf, nicht gleich mit der Tür ins Haus zu fallen. Sie verzichten auf dumpf-dumme Losungen wie „Ausländer raus“, „Deutschland den Deutschen“ usw. und artikulieren ihre Zugehörigkeit zur „Herrenmenschen-Rasse“ nicht mit Sprüchen wie „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein!“, sondern formulieren subtiler: Sie wenden sich „gegen die Zerstörung der ... deutschen Nation und ihrer Kultur“. Sie hüllen ihre Ausländerfeindlichkeit in die Absichtserklärung, Deutschland „nicht zu einem multiethnischen Kampfplatz“ werden zu lassen. Und ihre Verachtung gegen alles „Undeutsche“ - ob nun in Gestalt von Gastarbeitern oder Asylanten - umschreiben sie als Bestreben, die BRD nicht zur „Fürsorgestelle von Abenteurern aus aller Welt und zum Tummelplatz des organisierten Verbrechens werden zu lassen.“

Solche Töne mögen manchem imponieren. Neu sind sie nicht. Melodie und Text stammen aus dem ideologischen Arsenal der Faschisten Gregor Strasser (1892 bis 1934) und Otto Strasser (1897 bis 1974). Beide verbanden schon einst ihre angeblich antikapitalistischen Parolen mit Schlagworten von einem „Sozialismus“, der straff „national“ ausgerichtet sein sollte. Kurzum „Nationalsozialismus“.

Dieses Konzept einer nationalistischen und rassistischen Revolutions- und Sozialismus-Phraseologie machen sich die National-revolutionäre des „Kampfbundes“, die ihr als „Der Gegenangriff“ überschriebenes Blatt mit einer an SA-Standarten orientierten Fahne „schmücken“, zu eigen. Sie operieren mit ihrer pseudopatriotischen und systemkritischen Demagogie geschickter - und gefährlicher! - als andere Formationen des BRD-Rechtsextremismus. Vorzugsweise entwickeln sie ihre Aktionen auf einstigem DDR-Territorium. Sie spekulieren darauf, aus weit verbreiteter Desillusionierung über das „freiheitlich-demokratische“ System des Westens und Rückbesinnung auf DDR-Identität für ihre Zwecke Honig saugen zu können. In der Absicht, mit ihren Parolen bei dieser Zielgruppe zu landen, verzichten sie bewußt

auf vulgären Antikommunismus. Um - wie unverblümt gesagt wird - an „ehemalige Hoheitsträger und Führungskräfte der DDR“ herankommen und deren „Sachkunde“ und „politisches Kritikvermögen“ vereinnahmen zu können, behaupten Koths „Kampfbündler“, sie stünden „in der Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung“. Das ist eine besonders dreiste Lüge. Immerhin waren es doch wohl die faschistischen Ahnherren dieser Leute, von denen kommunistische Revolutionäre wie reformerische Sozialdemokraten gleichermaßen gnadenlos verfolgt, in Zuchthäuser und Lager gesperrt und zu Zehntausenden ermordet wurden.

Von demagogischer „Qualität“ ist auch die Bekundung der Koth-Leute, daß „die DDR das bessere Deutschland war“ und sie deshalb „die positiven Erfahrungen aus der DDR in die deutsche Politik einbringen“ wollen. Die Tarnungs- und Täuschungsabsicht dieser „Sympathieerklärung“ ist offensichtlich. Nur sollten Koth & Co dabei eines nicht übersehen: Die DDR war das bessere Deutschland gerade auch deshalb, weil sie Neonazis jegliche Entfaltungsmöglichkeit genommen hat.

Übrigens - der „Nationalbolschewik“ Michael Koth, der mit roter Mütze auf Westberliner S-Bahnhöfen „Leitungsdienst“ verrichtet, ist schon vor Jahren als überführter Provokateur aus der kommunistischen Bewegung ausgeschlossen worden. Auch wenn die „Kampforganisation für Deutschland und die Deutschen“ auf Menschen, die sich wirklich als Sozialisten verstehen, wird verzichten müssen: es wäre unverzeihlich, ihr augenscheinlich von bestimmter Seite abgesichertes Treiben - Koth versuchte schon einmal einen „NVA-Traditionsverband“ zu inszenieren - auf die leichte Schulter zu nehmen. Die Gefahr ist akut, daß ihre Demagogie bei politisch unerfahrenen, vor allem jüngeren Leuten auf fruchtbaren Boden fällt. Wo Ausgrenzung, Massenarbeitslosigkeit, Ausbildungsmisere, soziale Unsicherheit und Perspektivlosigkeit die Markenzeichen einer Gesellschaft sind, suchen die Betroffenen nach Alternativen zum bestehenden System. Die neofaschistischen Pseudo-revolutionäre gaukeln ihnen vor, diese zu repräsentieren. Die echte Alternative aber kann allein in einer wirklich linken Opposition bestehen, die sich nicht nur demokratisch-sozialistisch gibt, sondern die kapitalistische Gesellschaftsordnung überhaupt in Frage stellt.

Wolfgang Clausner

## Über den „Fall III“ und die Strafsache Jendretzky

# Die Rehabilitierung der Schlegelbergers

Am 2. August 1945 schlossen Stalin, Truman und Attlee in Berlin eine Vereinbarung, mit der die Grundsätze niedergelegt wurden, welche in Deutschland während der ersten Zeit der alliierten Kontrollperiode herrschen sollten. Danach übernahmen die Alliierten Mächte die „oberste Gewalt“ und erklärten, daß es ihre Absicht sei, die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands zu verwirklichen, die NSDAP zu vernichten, ... alle Nazi-Gesetze aufzuheben, die eine Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion oder politischer Überzeugung bedeuteten. Sie bekräftigten ihren Willen, die Nazi-Verbrecher einer schnellen und sicheren Bestrafung zuzuführen.

In Deutschland erhielt eine internationale Körperschaft - der Alliierte Kontrollrat - die Befugnis, den Justizapparat zur Verfolgung von Kriegsverbrechern und Verbrechern gegen die Menschlichkeit einzurichten.

Auf der Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 und des Statuts des Internationalen Militärtribunals (IMT) wurden der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß und nachfolgende Verhandlungen vor weiteren Gerichtshöfen geführt. Am 14. Februar 1947 setzte der USA-Militär-gouverneur durch Befehl den Militärgerichtshof Nr. III ein. Die Anklageschrift wurde dem Generalsekretär der Militärgerichte schon am 4. Januar 1947 zugestellt, der Fall dann dem Gerichtshof Nr. III zur Verhandlung überwiesen. Dieser fällt am 4. Dezember 1947 sein Urteil über zehn deutsche Angeklagte, allesamt exponierte Juristen des faschistischen Staates.

Franz Schlegelberger war seit 1918 im Reichsjustizministerium tätig. Im Januar 1941 wurde er als geschäftsführender Staatssekretär mit der Leitung des Ministeriums betraut, die er bis Oktober 1942 ausübte. Schon 1938 hatte in einer Rede an der Universität Rostock den Standpunkt verkündet, die Neufassung des § 2 StGB lasse nunmehr auch die Bestrafung von Handlungen zu, die im Gesetz nicht für strafbar erklärt worden seien, aber eine „Ahndung“ nach „gesundem Volksempfinden“ verdienten. Das Militärtribunal charakterisierte Schlegelbergers Rolle dahingehend, daß er „Hitlers Anmaßung bei der Machtergreifung unterstützte, über Leben und Tod zu entscheiden - unter Mißachtung selbst des Scheins eines Gerichtsverfahrens“.

Eine der besonderen Scheußlichkeiten - von Hitler erdacht und geplant - war der

„Nacht- und Nebel“-Erlaß. Er hatte zum Ziel, die „sogenannten Widerstandsbewegungen in den besetzten Gebieten“ zu vernichten. Seine Durchführung brachte - wie im Urteil ausgeführt - eine systematische Herrschaft von Gewalt, Brutalität, Ausschreitungen und Terror gegenüber der Zivilbevölkerung der von den Nazi-Streitkräften überrannten und okkupierten Länder. Personen, die sich eines Vergehens gegen das Reich oder dessen Streitkräfte schuldig gemacht hatten, waren - sofern sie nicht an Ort und Stelle hingerichtet wurden - geheim nach Deutschland zu überführen, um sie dort der Sicherheitspolizei oder dem SD zu übergeben. Diese hatten sie zu verurteilen und zu bestrafen. Niemand durfte erfahren, wo sie verblieben waren. Das sollte die Angehörigen und deren Umfeld abschrecken.

In seine endgültige Form wurde der Erlaß am 7. Februar 1942 gebracht und von Schlegelberger unterschrieben. Er teilte sich die Verantwortung mit dem Ministerialdirigenten und SS-Oberführer Altstötter, dem Ministerialrat von Ammon, dem Referenten SS-Sturmabteilung und SD-Untersturmabteilungsführer Joel, dem Vizepräsidenten des Volksgerichtshofes Engert, dem Reichsanwalt am Volksgerichtshof und vormaligen Präsidenten des Sondergerichts Nürnberg Rothaug. Deren hier nur beispielhaft aufgeführte Verbrechen „ahndete“ der Militärgerichtshof Nr. III. Er warf wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit folgende Strafen aus: Josef Altstötter, 5 Jahre Zuchthaus (1950 aus der Haft entlassen); Dr. Wilhelm von Ammon, 10 Jahre Zuchthaus (durch den amerikanischen Hochkommissar John Mc Cloy am 31.1.1951 amnestiert); Dr. Günther Joel, 10 Jahre Zuchthaus (s.o.); Herbert Klemm, lebenslänglich (am 31.1.1951 durch Mc Cloy in 20 Jahre Zuchthaus umgewandelt, wenig später entlassen); Dr. Ernst Lautz, 10 Jahre Zuchthaus (am 31.1.1951 amnestiert); Dr. Wolfgang Mettgenberg, 10 Jahre Zuchthaus; Rudolf Oeschey, lebenslänglich (am 31.1.1951 umgewandelt in 20 Jahre Zuchthaus, wenig später entlassen); Oswald Rothaug, lebenslänglich (s.o.); Curt Rothenberger, 7 Jahre Zuchthaus (1950 aus der Haft entlassen. Pension: 2 073 DM); Dr. Franz Schlegelberger, lebenslänglich (haftunfähig, Pension: 2 894 DM plus Nachzahlung von 160 000 DM); Was aber hat all das mit dem „Fall“ der antifaschistischen Richterin Irmgard Jendretzky zu tun?

Zu der Zeit, in der sich der Militärgerichtshof III auf die Durchführung des genannten Prozesses vorbereitete, erwarb die junge Frau gerade ihre Qualifikation als Volkrechterin. Auf der Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 und weiterer von den Alliierten gesetzter Rechtsnormen war sie 1950 an der Durchführung von Strafverfahren gegen Personen beteiligt, die sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen schuldig gemacht hatten. Unter den von ihr mitverurteilten Nazis befanden sich ein Staatsanwalt und zwei Richter, welche an den berüchtigten Sondergerichten gewütet hatten, die von der amerikanischen Anklagebehörde vor dem Militärgerichtshof III folgendermaßen charakterisiert wurden: „Außerordentliche Sondergerichte, dem ordentlichen Gerichtssystem aufgezwungen, wurden ... zum Zwecke der Aufrichtung einer Schreckensherrschaft zur Unterdrückung der politischen Gegner des nationalsozialistischen Regimes benutzt und erreichten tatsächlich diesen Zweck. Dies wurde hauptsächlich mit Hilfe des Volksgerichtshofes und verschiedener Sondergerichte erreicht. Es schloß ein: wiederholte Verfahren wegen ein und derselben Beschuldigung, Mißbrauch der Amtsgewalt, ungerechtfertigte Auferlegung der Todesstrafe, vorherige Verständigung über das Urteil zwischen Richtern und Staatsanwälten, „Sonderbehandlungen“ im Prozeß und andere verbrecherische Maßnahmen, die sämtlich Morde, Brutalitäten, Grausamkeiten, Folterungen, Greuelthaten, Plünderungen von Privateigentum und andere unmenschliche Taten zur Folge hatten.“

Die seinerzeitige Abstrafung der im Leipziger Urteil gegen die inzwischen 81jährige Irmgard Jendretzky als „Opfer“ aufgeführten Personen erfolgte also in Übereinstimmung mit dem alliierten Recht, das eigens zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschaffen wurde. Keiner der Richter des amerikanischen Militärgerichtshofes ist wegen Rechtsbeugung belangt worden, niemand wurde wegen Strafreitelung angeklagt oder verurteilt. Allein eine DDR-Richterin, die Nazi-Verbrechen verfolgte, wurde dafür von der BRD-Justiz vor Gericht gezerrt und mit einer vierjährigen Freiheitsstrafe belegt. Es hat fast den Anschein, daß die Enkel der damals Verurteilten oder deren Geistesverwandte die Entscheidung gegen Irmgard Jendretzky gefällt haben.

**Gerda Klabuhn**

## Reporterskizzen (17)

## Die Enkel des Sitting Bull

Im Frühjahr 1972 wohnte ich einige Monate im Motel „Vagabond“ an der First Street des nordkalifornischen San Jose. Da ich der erste Journalist mit DDR-Paß war, den die USA-Behörden zur Berichterstattung über ein inneramerikanisches politisches Ereignis außerhalb New Yorks - den Prozeß gegen Angela Davis - zugelassen hatten, rief meine Anwesenheit unter den rund 450 Reportern lebhaftes Interesse hervor. Etliche Interview-Wünsche waren die Folge. Bald traf reichlich Post ein - mich beschimpfende und bedrohende hate mail, aber auch Äußerungen von Sympathie und Solidarität. Jene, die den normalen Weg der Zustellung vermeiden wollten, schoben ihre Botschaften einfach unter der Tür meines Zimmers durch. Eines Tages fand ich so einen Brief des Indianer-Zentrums der San Jose umfassenden Santa Clara County. Es lud mich für den 4. März 1972 zu einer „Internationalen Pressekonferenz“ ein. Es gehe um ein Gerichtsverfahren, das parallel zum Davis-Prozeß in Sacramento

gegen sieben Pit-River-Indianer stattfindet. Ich beschloß, der ungewöhnlichen Einladung zu folgen. Am Tag der Pressekonferenz wurde heftig an meine Tür geklopft. Draußen stand ein athletisch gebauter junger Mann mit schulterlangem, durch einen Lederriemen zusammengehaltenem Haar und einer Halskette aus grob bearbeiteten Türkisen. Er heiße Jerry Roybal, sei Jicarilla-Apache und habe den Auftrag, mich mit dem Wagen ins Indianerzentrum abzuholen, sagte er. Der „Wagen“ war ein uralter Ford-Halbtonner - ein nicht gerade luxuriöses Gefährt.

Im Zentrum wurde ich bereits durch eine Gruppe meist jüngerer Frauen und Männer erwartet. Ein weißhaariger Mittsechziger, der als einziger nicht zu den „Rothäuten“ zu gehören schien,klärte mich auf. Er sei der Anwalt der „Sieben von Sacramento“, sagte er. 1969 habe er bereits die gleichfalls indianischen Alcatraz-Angeklagten verteidigt, die die frühere Gefängnisinsel in der Bucht von San Francisco besetzt hatten. „Wir wollen die Anwesenheit des Berichterstatters aus einem sozialistischen Land nutzen, um auf die Verfolgung und Diskriminierung der Indianer in den Vereinigten Staaten aufmerksam zu machen. Um Sie aber vor dem von gewisser Seite schnell erhobenen Vorwurf zu schützen, Sie würden sich in die inneren Angelegenheiten der USA einmischen, haben wir die Form einer Pressekonferenz

gewählt“, fügte der alte Herr hinzu. „Sie sind hier der einzige Journalist“.

Ich wußte nicht, daß ich einer Legende gegenüberstand - dem berühmten Strafverteidiger Aubrey Grossman, der zu Zeiten des Hexenjähgers McCarthy zahlreiche Kommu-

werbslos. „Um was aber geht es bei dem Prozeß in Sacramento?“, erkundigte ich mich. Gemmill verwies auf die Ereignisse des 5. Juni 1970. An jenem Tag hätten die Stammesangehörigen bei Burney Falls am Pit River einen Teil jenes Landes wieder in Besitz

genommen, das ihnen zuerst unter Bruch bestehender Verträge entrissen, dann zum U. S. State Forest erklärt und schließlich dem Energiekonzern Pacific Gas & Electric für die Errichtung einer Kraftwerkskaskade ausgeliefert worden sei. Daraufhin habe die kalifornische Regierung unter Gouverneur Ronald Reagan über 100 schwerbewaffnete State Troopers eingesetzt. Um Alte, Frauen und Kinder, die wahllos zusammengeschlagen wurden, zu schützen, hätten sich einige der jüngeren Pit Rivers beim Lager „Four Corners“ zur Wehr gesetzt. Jetzt laute die Anklage auf Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Wenige Tage später - im Davis-Prozeß war gerade eine



Im Indianerlager „Four Corners“. Vordere Reihe: Cecelia Narvez und Robby Ulybarry.  
Foto: K. Steiniger

nisten und andere Verfolgte vor Gericht vertreten hatte. Er war auch der Anwalt von Harry Bridges gewesen, der als langjähriger Führer der Docker und Schauerleute der USA-Westküste zu den herausragendsten Gestalten der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung gehörte.

Aubrey Grossman machte mich mit Mickey Gemmill bekannt - dem stellvertretenden Vorsitzenden des Stammesrates der 550 noch lebenden und vom Aussterben unmittelbar bedrohten Pit River Indians. „Alle natürlichen Ressourcen, die wir besaßen, hat man zerstört oder uns entzogen“, sagte dieser dann in einem Statement, mit dem er den Kriterien einer echten Pressekonferenz entsprach. Die Indianer - von wenigen gekauften oder durch Ausbeutung ihrer eigenen Stämme reich gewordenen Typen abgesehen - nähmen die unterste Stufe in der amerikanischen Gesellschaft ein. Das sie angeblich fördernde und beschützende U.S. Bureau of Indian Affairs - eine Abteilung des Innenministeriums - sei in Wahrheit eine Vormundschaftsbehörde, die die Indianer beaufsichtige, sagte Gemmill. Es verbiete ihnen zum Beispiel, selbständig einen Anwalt zu bestellen oder Verträge abzuschließen. Im Arbeitsleben gelte der Grundsatz: Last hired - first fired (Als letzte eingestellt, als erste rausgeworfen). In manchen Gebieten seien bis zu 90 Prozent der Indianer, deren mittlere Lebenserwartung nur 44 Jahre betrage, er-

Pause eingelegt worden - setzten wir uns zu viert in Bewegung, um ein gottverlassenes Areal im Vorgelände der Sierra Nevada anzusteuern. Zur Besatzung des schrottreifen Ford-Halbtonners zählten außer „Chauffeur“ Jerry Roybal und mir auch noch der junge Mabajo-Indianer Robby Ulybarry und der Deutsche Schäferhund Homer. Auf der 350 Meilen langen Schütteltour erfuh ich manch Wissenswertes über die rund 40 000 im Gebiet um die Bucht von San Francisco beheimateten Ureinwohner.

In Sacramento machten wir Station. Die Orangenbäume an den Alleen der Hauptstadt des Bundesstaates Kalifornien trugen reife Früchte, als wir zum Bundeshaus an der Capitol Mall fuhren. Hier befindet sich auch der Federal Court - das für den Bezirk zuständige Bundesgericht. Vor dem Hochhaus trafen wir mit Ross Montgomery, dem Stammesratsvorsitzenden der Pit Rivers, und seinen engsten Mitstreitern zusammen. Türkis blitzte an Ketten und Amuletten auf. Mir wurde ein kunstvoll verziertes Traggestell für Säuglinge in die Hand gedrückt. Der jüngste Sohn des Häuptlings war darauf festgeschnallt. Die Geste drückte Vertrauen aus.

Der Verhandlungssaal war abgedunkelt. Im Rahmen der Beweisaufnahme lief gerade ein Polizeifilm. Anschließend traten sich in Widersprüche verwickelnde Zeugen auf. Ich kannte das bereits vom Davis-Prozeß. Auch

in Sacramento zeichneten sich die späteren Freisprüche bereits ab. Aubrey Grossman war Herr der Situation. Während der Staatsanwalt nachzuweisen suchte, daß sich der eine oder andere Angeklagte zum Zeitpunkt des Zusammenpralls mit den Bewaffneten an diesem oder jenem Punkt aufgehalten haben mußte, stellte der Verteidiger die Frage prinzipiell: Befanden sich die Pit Rivers am 5. Juni 1970 zurecht oder unrechtmäßig auf ihrem Territorium? Von der Antwort hing es ab, ob der Einsatz der State Troopers überhaupt eine legale Basis besessen hatte. Unser müder alter Ford quälte sich noch am selben Abend die Berge hinter Redding hinauf, dorthin, wo Hirsche, Bären und Wölfe zu Hause sind. Erbärmliche Bretterbuden, überall verstreute Karossen und Wohnwagenwracks gerieten in den Lichtkegel der Scheinwerfer: die Elendsbehauungen der Indianer. Das Revier der Pit Rivers. Wir schliefen in dem völlig möbellosen Schuppen, in dem sonst Ramon Lego mit Frau und sieben Kindern lebte. Jetzt war die ganze Familie zum Prozeß in Sacramento. Strom gab es hier nirgends. Im Schein einer blakenden Petroleumlampe wurden zwei ausgebleichene Urkunden an der Wand des Raumes erkennbar. „Für gutes Lernen in der Schule“. Blutiger Hohn!

Im ganzen Haus befand sich kein Bett. Nur ein Riesenberg Lumpenfüllte die Ecke. Draußen war es unter Null. Es schneite. Der Kanonenofen gab kaum Wärme ab. Zitternd vor Kälte legte ich mich im Mantel auf den Holzboden. Robby deckte mich mit Stoffetzen zu, bis ich darunter verschwand.

Am nächsten Morgen brachen wir nach „Four Corners“ auf. Dort, wo sich der Pit River bei Burney Falls tosend in eine Schlucht stürzt, stießen wir auf die Spitzzelte und in die Erde gegrabenen Rundhäuser der Stammeswachen. Die taubstumme Köchin wusch gerade in einer Schüssel Geschirr ab. Ein paar junge Indianer krochen aus den Erdhöhlen. Die hübsche Cecelia Narvez hatte einen silbernen Tanzschuh an den Eingang ihres Wigwams gehängt - zur Erinnerung an „andere Zeiten“, als sie noch Sekretärin in einer Firma gewesen war. Jetzt stand sie im Drilllichzeug Posten für die Pit Rivers. Jerry und Robby erzählten den anderen vom Grund meines Kommens. „Er ist aus Solidarität hier“, sagte jemand. „Ich komme aus einem Land, wo niemand wegen seiner Hautfarbe verfolgt wird“, fügte ich hinzu. „Sind wir wirklich Rothhäute?“, fragte Cecelia, wobei sie auf ihren brünetten Teint anspielte. „Ich bin tatsächlich ein Roter“, sagte ich überzeugt. „Er ist ein Commie“, bemerkte Jerry. Er meinte es nicht unfreundlich.

Von den Pit Rivers hörte ich nur, daß sie noch heute um ihre Rechte kämpfen. Aubrey Grossman aber - den Sieger von Sacramento - traf ich Jahre später in Berlin. Er nahm im Palast der Republik am Weltgewerkschaftskongreß teil.

**Klaus Steiniger**

## Des Kanzlers „bester Mann“: Bodo Hombach

### Außer Spesen nichts gewesen

Als die Sache platzte, war Bodo Hombach noch Minister im Bonner Kanzleramt, wo er sich zur Freude seines Chefs und Freundes Gerhard als großer Reformierender der modernen SPD-Politik profilieren konnte, die dem Kapital gibt, was sie den Lohnabhängigen nimmt. Wer sich als Politiker so um die Belange der Magnaten verdient gemacht hat wie Bodo Hombach, dem fällt sicherlich nicht auf, wenn ihm mal größere Beträge nicht in Rechnung gestellt werden. Der frühere VEBA-Mitarbeiter Hans H. hat jedenfalls - nach anfänglichem Meineid - vor Gericht gestanden, daß bei der Abrechnung der Baukosten von Bodo Hombachs luxuriöser Privatvilla Ende der 80er Jahre Kosten in sechsstelliger Höhe zu Lasten des VEBA-Konzerns verrechnet wurden. Und dann wäre da auch noch die seltsame „zufällige“ Verknüpfung zwischen einer angeblichen Immobilien-Fehlinvestition Bodo Hombachs in Kanada und einem Krefelder Public-Relations-Fachmann, der von dem damaligen NRW-Landesgeschäftsführer Hombach den Werbe-Etat der nordrhein-westfälischen SPD in Höhe von rund 40 Mio DM erhalten hatte. Nun wird berichtet, daß Hombachs angeblich marode kanadische Immobilie für teures Geld ausgerechnet von der Firma der Lebensgefährtin des Krefelder Werbe-Spezialisten gekauft worden sei. Nichts genaueres weiß man nicht, noch nicht.

„Wenn im Fall Hombach noch mehr herauskommt, wird man nicht umhin können, sein Verbleiben im Amt des EU-Sonderbeauftragten zu prüfen“, äußerte sich kürzlich die SPD-Schatzmeisterin Inge Wittig-Danielmeier. Das aber wäre ein schwerer Schlag für das Prestige von Showman Schröder. Beim Internationalen Balkan-„Hilfe“-Gipfel, zu dem sich Anfang August im bosnischen Sarajevo die Staatschefs der „Geberländer“ versammelt hatten, versicherte Schröder, daß er seinen „besten Mann“ zum Verwalter der Balkan-Hilfe mache.

In seinem neuen Job befindet sich Herr Hombach unterdessen in exzellenter Gesellschaft. Alles Leute, die die hohe Kunst der organischen Verbindung von Politik und Geschäft hervorragend beherrschen. Das Ergebnis einer verdeckt geführten UNO-Untersuchung von Korruptions- und Betrugspraktiken in Bosnien-Herzegowina besagt, daß bei

5,1 Mrd. Dollar Hilfsgeldern der Internationalen Gemeinschaft eine Milliarde bereits in dunklen Kanälen spurlos verschwunden ist.

Bei der „Hilfe“ für das Kosovo wird es erst recht abenteuerlich zugehen. Vor Ort hat die organisierte Verbrecherbande UCK mit Hilfe einer Politik des Terrors de facto die Regierungsgewalt übernommen. Aus den Mitgliedern eines von den EU-Polizeibehörden verfolgten Kartells von Gangstern und Drogenhändlern wurden per NATO-Erlaß pure Ehrenmänner, die die aus Steuern bezahlten internationalen Hilfsgelder in Milliardenhöhe verwalten und verschwinden lassen. Im Vergleich zu solchen Maßstäben nimmt sich die sechsstellige DM-Summe, die der Kanzlerschützling Hombach von der VEBA zugesteckt bekam, und alles, was man ihm sonst noch vorwirft, wirklich bescheiden aus. Aber immerhin konnte der „Balkan-Koordinator“ wertvolle Erfahrungen auf diesem Gebiet sammeln. Wie die Engländer sagen, „It takes a thief to catch a thief“ - man braucht einen Dieb, um einen Dieb zu fangen. Und das hatte Kanzler Schröder wohl auch sicher im Sinn, als er seinen „besten Mann“ zum „EU-Sonderbeauftragten für die Wiederaufbauhilfe für den Balkan“ machte.

Angesichts der enorm verantwortungsvollen Aufgabe, die Herrn Hombach übertragen wurde, reiben sich nur kleine Geister an seinen finanziellen Unregelmäßigkeiten. Aber zum Glück kommt für den pflichtbewußten Patrioten ein Rücktritt nicht in Frage. „Im Interesse Deutschlands muß ich doch im Amt bleiben“, sagte Bodo in einem „Focus“-Interview. Wichtig ist, daß sein Freund Gerhard an ihn glaubt und ihm vertraut. Da kann dem Hombach selbst ein Bundestagsausschuß nicht viel anhaben.

Und wenn nach getaner Arbeit auf dem Balkan so ganz nebenbei und über ein paar Ecken eine kleine, bescheidene Zwölf-Zimmer-Villa mit Swimmingpool und Privatstrand an der kroatischen Küste herausspringt, dann sollten wir auch mal alle Drei gerade sein lassen. Bodo Hombach hat sich schließlich um das deutsche Kapital verdient gemacht. Und die Medien dieses Landes sollten das mit der nötigen Diskretion bei ihrer Berichterstattung über seine Privatsphäre würdigen.

**Rainer Rupp**

Aus Anlaß des 80. Geburtstages von Howard Fast

## Licht und Schatten

*Dieter Noll, einer der herausragenden Autoren der DDR-Literatur (Die Abenteuer des Werner Holt, Kippenberg, Lyrik u. a.) hat dem „Rotfuchs“ aus Anlaß des 80. Geburtstages des amerikanischen Schriftstellers Howard Fast am 11. November 1999 den nachfolgenden Text exklusiv zur Verfügung gestellt*

Ich habe einen sehr ernsthaften Anlauf unternommen, mich einem Text zu nähern, den man anläßlich seines 80. Geburtstags im „Rotfuchs“ drucken könnte. Ich sehe aber, daß mir dies schwerlich gelingen wird. Nicht allein, daß ich dieser Art Arbeiten gar zu lange entwöhnt bin. Die Art, wie ich mich vor wenigen Wochen (und so kamen wir ja auf das Thema) Howard Fast's „Spartacus“ näherte, entsprach der Fragestellung, was dieses Buch wohl nach fast 50 Jahren noch von dem wiedererkennen ließe, was mich einstmal, auf dem Wege vom Kleinbürgersohn zum Kommunisten, emotional, aber auch rational, bei der Lektüre so relativ stark beeindruckte und beeinflusste. Die Antwort ist äußerst widersprüchlich. Gewiß rührte mich auch heute wieder manches an, was damals stark wirksam war, aber andererseits hat mich die Erkenntnis doch schockiert, daß die sattsam bekannte US-amerikanische Art, die Welt auf kindlichste Weise in abstrakte – und, wenn überhaupt, so völlig willkürlich definierte – Kategorien von „Gut“ und „Böse“ einzuteilen (und die abstrakten „Bösen“ notfalls elf Wochen lang in die Steinzeit zu bomben!), daß also diese rein idealistische, ja religiöse Weltsicht auch schon im „Spartacus“ voll ausformuliert zu finden ist. Howard Fast hat die entsetzlichen Verhältnisse der Sklavenhaltergesellschaft eindrucksvoll dargestellt und bringt Spartacus dem Leser anschaulich nahe als einen Menschen, der „eine Welt (wollte), in der es keine Sklaven und keine Herren gibt, nur Menschen, die in Frieden und Brüderlichkeit zusammen leben“ (S. 387). Solche Visionen waren es, die einst zu meiner Entwicklung Richtung Kommunismus beitrugen, denn dies waren ja die Ideale unserer jungen Jahre in der DDR. Aber, und das konnte mir in den 50er Jahren noch gar nicht auffallen, eine Seite später läßt Fast Varinia (im Roman die fiktive Frau des Spartacus) zu Gracchus sagen, „daß Spartacus rein und edel war, weil er **dem Bösen** die Stirn bot, **dem Bösen** entgegentrat und **gegen das Böse kämpfte**“ (S. 388). Klassengegensätze, für die Howard Fast, der Arbeiterklasse unmittelbar entstammend, einmal durchaus einen Blick hatte, generell zu ersetzen durch biblische oder märchenhafte oder kindliche Gegensätze zwischen „den Guten“ und „den Bösen“, scheint mir heute neben einem von

Nietzsche, und in den USA vielleicht speziell von Spencer, herkommenden, ganz unverblümt faschistoiden Sozialdarwinismus das absolute Grundübel jener amerikanischen Weltsicht und Denkungsart zu sein, zu der man uns und die Welt nun notfalls gewaltsam bekehren will. Man erinnere sich: Schon die Silbermedaillengewinnerin im Eiskunstaufist in diesem Land ein „Loser“, also ein „Verlierer“, also ein Schwächling gegenüber dem Stärkeren, und dem Starken allein gehört, gemäß dem nun endlich globalisierten kapitalistischen Konkurrenzprinzip, die Welt!

Nicht ganz abwegig also scheint mir mein Nachsinnen zu sein, ob es nicht einen Zusammenhang gibt zwischen dieser Weltsicht, von der auch Howard Fast nicht frei war, und seinem Übertritt 1957 ins bourgeoise Lager, der durch den unerhörten Druck der McCarthy-Ära vielleicht noch erklärbar wäre, aber eben so nicht zu erklären ist, denn gegen den Gesinnungsterror des McCarthyismus schrieb er ja noch mit schöner Parteilichkeit den Roman „Silas Timberman“ (1954). Wie er später seinen (zurückhaltend formuliert) Gesinnungswandel in dem Buch „The Naked God“ (1957) zu rechtfertigen versucht, wurde allenthalben als tief widerspruchsvoll und weit unter seinem einstigen geistigen Niveau eingeschätzt. Danach schlug sich der einmal recht angesehene, auch der Emanzipation der Farbigen („Freedom Road“ 1944; dt. „Die Straße zur Freiheit“ 1948) verpflichtete Howard Fast als Kriminal- und Unterhaltungsauteur (z. T. unter dem Pseudonym E. V. Cunningham) mehr schlecht als recht durch den American way of life.

Bleiben aber wird von ihm nach meiner Überzeugung (vielleicht nicht in den USA, aber in der Welt) der biographische Roman „Bürger Tom Paine“ (1943, dt. 1953), in dem Howard Fast zumindest linkssozialistische Klassenpositionen bezieht, ferner selbstverständlich „Spartacus“ (von Stanley Kubrick mit Kirk Douglas besser als die meisten Hollywood-Historien schinken verfilmt) und ganz gewiß auch sein überzeugend gestaltetes Epos vom Exodus der Cheyenne-Indianer 1878 mit der drastischen Darstellung des brutalen Gemetzels amerikanischer Truppen 1879 an 150 fast verhungerten Cheyenne, fast ausschließlich Frauen und Kindern, in Fort Robinson: „Die letzte Grenze“ („The Last Frontier“ 1941, dt. 1951).

Nehmen wir an, diese drei Bücher hätten, wie ich meine, in die Zukunft hinein Bestand, dann wäre das meines Erachtens sehr viel, und Howard Fast hat sich – trotz allem – zu seinem 80. Geburtstag den Ausdruck unseres Respekts verdient.

*Dieter Noll*

## Am Rande bemerkt

□ Vor 25 Jahren, am 2. 10. 1974, starb in Moskau der in seiner Heimat und weit darüber hinaus vielgelesene Schriftsteller, beliebte Filmschauspieler und talentierte Regisseur **Wassili Schukschin** (geboren am 25. 7. 1929). Bekannt wurde er als Autor und Regisseur der Filme „Es gibt solch einen Burschen“, „Euer Sohn und Bruder“, „Seltsame Leute“ und „Kalina Krasnaja“. Sein literarisches Schaffen machte in der DDR vor allem der Verlag Volk und Welt zugänglich – nicht zuletzt durch die sorgfältigen Übersetzungen von Charlotte Kossuth, Thomas Reschke und Eckhard Thiele („Ich kam, euch die Freiheit zu bringen“, Historischer Roman: „Gespräche bei hellem Mondschein“, Erzählungen; „Kalina Krasnaja“, Novellen, Filmszenarien, Selbstzeugnisse). In der BRD erschien 1980 ein Bändchen mit Erzählungen in der „Kleinen Arbeiterbibliothek“ im Damnitz-Verlag.

□ Am 3. 10. feierten wir den 110. Geburtstag des großen Demokraten und Friedenskämpfers **Carl von Ossietzky**, den Reichswehr und Justiz der Weimarer Republik den Nazis auslieferten, die ihn dann im KZ zu Tode geschunden haben. Die Welt ehrte Ossietzky mit dem Friedensnobelpreis. Die von ihm jahrelang geleitete „Weltbühne“, von Antifaschisten in der Emigration weitergeführt, wurde in der DDR bis zur Rückwende herausgegeben. In der BRD wurde Ossietzky vor allem von der CDU/CSU verfeindet (ich erinnere mich beispielsweise an heftige Kampagnen gegen die Benennung von Schulen oder der Universität Oldenburg nach Carl von Ossietzky), von anderen wurde er als pazifistischer Liberaler, als Antikommunist dargestellt. In Wirklichkeit weisen seine Artikel ihn als kämpferischen Antimilitaristen, als Vorkämpfer für eine antifaschistische Einheitsfront vor allem der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften aus.

□ Ein weiterer 110. Geburtstag trägt in meinem Kalender eine rote Markierung: Am 14. Oktober 1889 wurde **Max Hoelz** geboren, legendärer Führer bewaffneter Abteilungen mitteldeutscher Arbeiter in den Kämpfen gegen die Kapp-Putschisten 1920 und in den Märzämpfen 1921; 1918 Mitglied der USPD, seit 1919 der KPD, 1920 KAPD; 1921 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, 1928 durch Massenproteste auf Initiative der KPD und der Roten Hilfe freigekämpft.

In seinem vierstündigen Schlußwort vor dem Moabiter Sondergericht betonte Max Hoelz am 22. 6. 1921 u. a.:

„Meine Verteidiger legen Wert darauf, festzustellen, daß ich ein Idealist und ein begeisterter Kämpfer bin. Wie Sie sich dazu stellen, ist mir gleich. Ich kann von Ihnen keine bürgerlichen Ehren verlangen. Sie können mir auch keine bürgerliche Ehre absprechen. Die bürgerliche Ehre, um die Sie sich streiten, habe ich nie besessen. Bürgerliche Ehre heißt für mich, auf Kosten anderer zu leben. Sie bedeutet Monokel im Auge, voller Bauch und hohler Kopf. Für mich gibt es nur eine

proletarische Ehre, und die wollen Sie mir und können Sie mir nicht absprechen. Proletarische Ehre heißt Solidarität aller Ausgebeuteten, heißt Nächstenliebe, heißt, durch die Tat beweisen, daß man seinen Nächsten liebt wie seinen Bruder. Die Welt ist unser Vaterland, und alle Menschen sind Brüder. [...]

Ich weiß, daß die bürgerliche Gesellschaft und Sie, als ihre Vertreter, nicht durch Worte, Propaganda, auch nicht durch Bücher zu uns kommen werden. [...] Sie sagen, Sie fürchten sich nicht. Nun gut, beweisen Sie es doch, daß Sie sich nicht fürchten, beweisen Sie es dadurch, daß Sie den Mut haben, gegen Ihre eigenen Klassenbrüder und Genossen solche Urteile zu sprechen, wie Sie sie dauernd gegen revolutionäre Arbeiter verhängen. Sie aber sprechen nur harte Urteile gegen das revolutionäre Proletariat. [...]

Das deutsche Volk muß erst aufgerüttelt werden. Aber gerade Ihre Urteile werden bewirken, daß das Proletariat schneller herauskommt aus der Ideologie, die Sie ihm mit Hilfe von Schule, Kirche und Presse aufoktroiert haben. Das deutsche Proletariat muß aus diesem Schlafleben aufgerüttelt werden ...“

□ Vor 35 Jahren, am 27. 10. 1964, starb **Willi Bredel**. Der am 2. 5. 1901 geborene Schriftsteller war zunächst Dreher. Mitglied der KPD seit ihrer Gründung, Teilnehmer am Hamburger Aufstand, 1930 als Redakteur der „Hamburger Volks-Zeitung“ 2 Jahre Festungshaft, 1933 im KZ Fuhlsbüttel, 1934 Flucht über die Tschechoslowakische Republik in die UdSSR; 1937–39 Kriegskommissar der Internationalen Brigaden („Spanienkrieg“, 2 Bde., 1977), Mitbegründer des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, kämpfte u. a. an der Stalingrader Front; nach 1945 in leitenden kulturpolitischen Funktionen (seit 1954 Mitglied des ZK der SED, 1956 Vizepräsident, 1962 Präsident der Akademie der Künste). Bredels „Maschinenfabrik N & K“ (1930) und „Die Rosenhofstraße“ (1931) gehören zu den ersten reportageartigen Romanen der proletarisch-revolutionären Literatur. Mit dem Roman „Die Prüfung“ (1934) machte er die internationale Öffentlichkeit auf den Terror in den KZs aufmerksam. In der Romantrilogie „Verwandte und Bekannte“ (1941/53) gestaltete er den Weg der deutschen Arbeiterklasse von 1870 bis 1946. Die Trilogie „Ein neues Kapitel“ (1959/1964) schildert den Neuaufbau 1945/50. Bredel schrieb ferner Erzählungen, Skizzen, Reportagen sowie, mit M. Tschesnohell, das Szenarium zu dem unvergessenen zweiseitigen Filmwerk „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“ und „Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse“ (1953/55).

*Einige der in früheren RotFuchs-Ausgaben in der Bücher-Ecke angezeigten Titel sind noch erhältlich. Bei Interesse bitte nachfragen!*

□ Es sind außerdem noch einige der von **Dieter Nolt** zur Verfügung gestellten Bücher (Die Abenteuer des Werner Holt, 2 Bände; In Liebe leben – Gedichte Normalausg. [1985] und von **Willi Sitte** illustrierte bibliophile Ausgabe [1987]), teilweise mit Widmung, abzugeben.  
**W. M.**

## Briefe an „RotFuchs“



Eine kurze persönliche Bemerkung zum 50. Jahrestag unserer DDR.

„Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen.“ Das war das Credo der DDR seit ihrer Gründung. Dafür habe ich mich engagiert – wie die überwiegende Mehrzahl aller Bürger der DDR. Solange es die DDR gab, haben wir dieses Versprechen gehalten. Die Erhaltung des Friedens war die größte politische und moralische Leistung des Volkes der DDR. Das wollen wir nicht vergessen. Und gäbe es die DDR noch, der Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien hätte unter deutscher Beteiligung unzweifelhaft nicht stattgefunden!!!

Die DDR reiht sich ein in die lange Liste der unsterblichen Opfer, die in der Geschichte bisher gebracht wurden, um der Menschheit Frieden, Freiheit und ein Leben in Würde zu sichern. Ich danke Euch und allen Genossinnen und Genossen, allen Bürgerinnen und Bürgern der DDR für die gemeinsamen Anstrengungen und für ihre Solidarität. Auch diese Solidarität ist ein bleibender moralischer Wert der DDR, der mir geholfen hat und uns allen immer helfen wird.

**Rainer Rupp, JVA Saarlouis**

Die Genossen der Parteigruppe der DKPTeterow/Neubrandenburg sind begeisterte Leser Eurer Zeitung. Wir freuen uns über jedeneu erschiene Nummer, lesen sie sehr aufmerksam und reichen sie dann an Sympathisanten weiter. Als Dankeschön für Eure Mühe und die inhaltlich so klare und eindeutige Darlegung der Probleme vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus sowie zur Deckung der Unkosten bei Herstellung und Versand überweisen wir für die Exemplare der Nummer 20/99 statt 20 DM, wie bisher, heute 100 DM.

Mit kommunistischem Gruß

**Willi Krämer,**

**Vorsitzender der Parteigruppe**

Den „RotFuchs“ lese ich natürlich, seiter aus dem Bauist. Und natürlich gehört er inzwischen zu den besten Freunden meines Tierkreises. Aber ich hatte bisher noch keine Gelegenheit genommen, Euch zu diesem Prachtexemplar zu beglückwünschen. Das will ich heute endlich nachgeholt haben.

Mit freundlichen und also auch sozialistischen Grüßen

**Dr. Dieter Kraft, Berlin**

Liebe Genossinnen und Genossen „RotFuchs“, schon seit einem Jahr freue ich mich jeden Monat, wenn der neue „RotFuchs“ in meinem Briefkasten liegt. Besonders freue ich mich über Eure Haltung zur DDR, wenn ich auch zu einigen anderen Fragen Diskussionsbedarf hätte.

Seit längerer Zeit wollte ich auch nicht nur etwas Futter für den „RotFuchs“ schicken, sondern zusammen damit einige Zeilen. Doch Euer Spendenaufruf hat mir vor Augen geführt, daß ich mit dem Futter nicht so lange warten darf, bis ich Zeit zu einem längeren Brief finde. Die „Anlage“ ist praktische Selbstkritik.

Anbei schicke ich Euch auch die letzten beiden Ausgaben unserer Orts- und Betriebszeitung, die natürlich einen anderen Leserkreis und damit

auch einen anderen Charakter hat als der „RotFuchs“. Mit solidarischem Gruß  
**Achim Bigus, Osnabrück**

*Unsere Leserin Dr. med. Regine Fischer hat den „RotFuchs“ gebeten, den nachfolgenden Gruß an Dr. Gabriele Gast abzudrucken.*

Liebe Gabriele, für Dein bewegendes Buch haben nicht nur viele Bürger und Freunde der DDR, Kommunisten und Verfolgte von Gauck-Behörde und Bundesjustiz, zu danken. Es erfüllt jeden standhaften und überzeugungstreuen Menschen mit Hochachtung.

Dein Weg an unsere Seite war Dir nicht an der Wiege gesungen worden. In Deiner Heimat, der Alt-BRD, hättest Du ein sicheres bürgerliches Wohlstandsleben führen, dank Deiner Intelligenz und Einsatzfähigkeit ungebrochene Karriere machen können.

Deine kritische politische Einsicht, Deine Verantwortung für den Frieden, Dein Gewissen führten Dich an die geheime Front der Kundschafter für die DDR. Zwei Jahrzehnte hast Du mit unglaublicher Umsicht unter kaum nacherlebbarer persönlichen Einschränkungen als Beamtin des BND für uns gearbeitet. Der nie nachlassende Druck der Entdeckungsgefahr, die quälende Sorge um Deinen Sohn, die zu erwartende Achtung durch Deine Umwelt konnten Dich nicht von Deinem Weg abbringen.

Das Ergebnis Deiner und ungezählter Menschen Arbeit waren lange Jahre des Friedens in Europa, des erfolgreichen Aufbaus und der Sicherung der DDR. Dafür danke ich Dir ganz persönlich, liebe Gabriele.

Wie unser Land, wurdest Du verraten und allein gelassen von jenen, die sich einst Freunde und Genossen nannten. Auch diese Wahrheit steht in Deinem Buch. In einer zwar fernen, aber doch der unseren Zeit wird sie von der Geschichte gewogen werden. Die noch lebenden Personen aber verfallen schon heute Bedeutungslosigkeit und Verachtung. Bezahlt wird der Verrat, nicht der Verräter. Doch das Benennen von Judasfiguren, Karrieremachern, Überläufern, Feiglingen und Unfähigen, wie Dues getan hast, ist unverzichtbar zur Erklärung von Faktoren unserer bitteren Niederlage.

Es muß noch vieles erforscht, erkannt, gesagt und geschrieben werden.

Es grüßt Dich herzlich und solidarisch

**Regine Fischer aus Berlin**

*Bezug auf: Gabriele Gast, Kundschafterin des Friedens: 17 Jahre Topspionin der DDR beim BND, Frankfurt/Main, Eichborn 1999, ISBN 3-8218-0522-6*

Liebe Freunde, herzlichen Dank für die regelmäßige Übersendung des „RotFuchs“, den ich immer mit Freude lese. Anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der DDR der passende kleine Beitrag zu den Portokosten.

**Ulrich Steinmann, Bonn**

Seit Anfang des Jahres bricht regelmäßig und zuverlässig Ihr „RotFuchs“ in mein Oberstübchen ein und scheucht die Gedanken wie die sprichwörtlichen Hühner auf der Stange auf. Mehr ohne ich es, als ich es weiß, weshalb er gerade auch mir auf die Spur gekommen ist. Doch ich kann nicht sagen, daß mir seine Einfälle in mein Gehege unangenehm wären. Im Gegenteil. Immer häufiger warte ich schon auf ihn, und heute möchte ich ihm auch mal das Fell streicheln – dreimal dürfen Sie raten, warum. Obwohl es vielleicht etwas platt klingen mag, bemühe ich trotzdem Kurt Tucholsky, um Ihnen

mit meiner Anerkennung für Ihre Arbeit auch meine Ansicht zu übermitteln, daß es „wie Heimkehr aus fremden Ländern“ wirkt, sich in die „RotFuchs“-Lektüre zu vertiefen. Etwas Heimat braucht schließlich jeder Mensch. Und da es gerade zu dieser Jahreszeit in unseren Breiten üblich war, gewisse Gabentische zu füllen - was ein pikanterweise „Rechtssoziologe“ genannter Wissenschaftler nun auf der Höhe des Zeitgeistes im „Neuen Deutschland“ ein „bizarres Getöse öffentlicher Belobigungen und Auszeichnungen“ nannte -, werden Sie sicher auch meine zurückhaltende Briefmarkenspende entsprechend einzuordnen wissen.

Die Erfahrung, die Ihr verantwortlicher Redakteur mit seiner wirklich streitbaren und diskutierenswerten Analyse zum Umgang mit den beiden Republiks-Jubiläen machte, stellt für mich gewissermaßen so etwas wie Alltagsleben dar. Allerdings bei meinen regelmäßigen Einwüfen wider unsere „Sozialistische Tageszeitung“ und ihre bedauernde wie bedauerliche Entwicklung. (...) Und was beim ND schon unter den Teppich gekehrt wurde, müßte in Alt-Stralau sicherlich eine Fußbodenmasse ergeben, die einem „Huckelkuchen“ alle Ehre machen würde. (...)

**Torsten Preußing, Berlin**

Herzlichen Dank für die Übersendung des „RotFuchs“. Er findet nicht nur bei mir großes Interesse. Viele Beiträge sind wichtige Informationen, die man sonst nirgends erfährt, und enthalten überzeugende Argumentationen. Als Mitglied der PDS sehe ich aber auch manche Beiträge besonders zur aktuellen Politik kritisch. Ich würde mir wünschen, daß die Linken in diesem Land, welches durch die politischen Machthaber dem Großkapital total ausgeliefert ist, stärker zum gemeinsamen Kampf für die Interessen der einfachen Menschen zusammenfinden. Ich meine auch, daß eine kritische Sicht zu unserer Vergangenheit, zu unseren Erfolgen und Fehlern kein Verrat an unserer sozialistischen Sache ist. Es geht doch darum, daraus die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Das schließt ein, daß die Verunglimpfung der DDR als sogenannter Unrechtsstaat mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen wird. (...)

Dem „RotFuchs“ wünsche ich weiter viel Erfolg. Damit er auch in Zukunft den Weg zu mir und anderen Genossen in Dresden findet, anbei einen kleinen finanziellen Beitrag. Euer  
**Manfred Scheler, Bannowitz**

Anbei ein kleiner Beitrag für das weitere Erscheinen der Zeitung. Herzliche Grüße an Klaus Steinger und alle, die den „RotFuchs“ unter komplizierten Bedingungen am Leben erhalten.  
**Werner Walde/ Kurt Winter, Cottbus**

Liebe Genossen „RotFuchse“, vielen Dank für die prompte Zusendung der nun bereits 20 Hefte umfassenden Ausgaben des „RotFuchs“. Ich betrachte sie nicht nur als große Hilfe in der täglichen politischen Arbeit, sondern auch als wertvolle Dokumente der Zeitgeschichte. Eure Zeitung wird nicht nur von mir, sondern auch in meinem Bekanntenkreis mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Um den Heften trotzdem in einem einigermaßen würdigen Zustand einen Ehrenplatz in meinem Bücherschrank zuweisen zu können, würde ich mich freuen, wenn Ihr mir die CD-ROM mit den bisherigen Ausgaben zusenden könntet.

Als kleine Spende dafür und für noch viele weitere Ausgaben des „RotFuchs“ - wir brauchen ihn! - lege ich 50 Mark bei.

**Klaus Neuber, Bad Dürrenberg**

Sehr geehrte Redaktion des „RotFuchs“, erst einmal vielen Dank für die Zusendung der Zeitung. Als neuer Leser komme ich langsam auf den Geschmack. Einiges ist etwas ungewohnt, aber man sollte die Meinung achten. Nur dann lernt man verstehen. Ich habe noch einige andere Leser gefunden, die lesen aber vorerst noch bei mir mit. Ich werde mich möglicherweise gelegentlich als kritischer Leserbriefschreiber betätigen. (...) Macht weiter so. Ich lese selten so gute Artikel wie diese. Vor allem die ehrliche Meinung und Überzeugung ist bemerkenswert. Ich würde gerne eine CD erwerben.

**Gerd Brunecker, Berlin**

Liebe Prof. Dr. sc. phil. Nina, si tacuisses, philosophus mansisses! Auf deutsch: Wenn du geschwiegen hättest, wärest du ein Weiser geblieben.

Also: Man nehme ein Stück Sozialismus und ein Stück Kapitalismus und braue damit ein Neues - ja, was? - zusammen. Mag sein, daß viele „Reformer“ so gedacht haben, aber was ist Dein Standpunkt?

Also: Wer hat was versäumt? Die Herrschenden der BRD haben nach meiner Erfahrung nichts versäumt. Sie haben die Eigentumsfrage und die Klassenfrage geklärt, die Arbeiterklasse gründlich zersplittert und kampfunfähig gemacht, die Kultur der DDR zerstört und einen großen Teil der DDR-Bürger schlicht gekauft. Wo liegt das Versäumnis? Die Rechnung wird jetzt von ihnen präsentiert.

Also: Natürlich müssen Kommunisten auch an ihre Niederlagen denken. Dazu ist der 3. Oktober geeignet. Aber warum mußt Du ausgerechnet an diesem Tag der Gründung der DDR gedenken? Ist Dein Argument „Wochenende“ nicht unter der Gürtellinie?

Also: Die DDR würdige ich nicht in Floskeln und nicht stückweise, sondern im Ganzen, weil Sozialismus - auch in seinen Anfängen und mit seinen Schwächen - nicht stückweise zu haben ist. Ich würdige die DDR, indem ich immer und überall versuche, klarzumachen, daß man tatsächlich Feuer und Wasser, auch wenn sie beide 50 Jahre alt sind, nicht vereinigen kann.

Also: Durch Dich sind die „Irritationen“ komplett. Dein bitter enttäuschter  
**Norbert Pauligk, Schwerin**

Liebe „RotFuchse“, mit Spannung hatte ich die 20. Ausgabe zum 50. Jahrestag erwartet. Ihr habt Euch mit dieser Nummer selbst übertroffen. Das ist eine Spitzenleistung. Recht habt Ihr, Äpfel und Birnen können nicht zusammengerechnet werden. Dieser Artikel ist Spitze! Ich habe sofort wieder drei Exemplare von der Nr. 20 kopieren lassen. Ich gebe sie immer weiter an Mitglieder in unserer PDS-Gruppe. Von manchem Artikel machen wir Flugblätter für unsere Info-Stände. Es läßt sich aber nur schwer ausführen, wenn solche guten Artikel wie die von Genossen Schnitzler länger sind als eine Seite. Lassen sie sich nicht auf dieses Maß kürzen? Damit man sie auch kopieren kann? Die Artikel von Genossen Huar sind bei uns oft Grundlage für marxistisch-leninistische Bildungsgespräche in unserem Kreis. Jeder RF bringt uns Argumente für die aktuelle Agitationsarbeit, so z. B. zu Jugoslawien oder zur Strafverfolgung. Wann kommt der RF eventuell einmal alle 14 Tage? Und habt Ihr schon einmal daran gedacht, eine Leserkonferenz wenigstens mit den Berlinern zu machen? Wir möchten Euch gerne persönlich kennenlernen. Macht weiter so. Mit sozialistischen Grüßen

*Die Unterschrift des Einsenders aus Berlin ist leider unleserlich. Wir bitten ihn oder sie, uns den*

*Namen mitzuteilen, damit wir das hier Versäumte nachtragen können.*

Zur „Ernährung“ des inzwischen sicher nicht nur für mich unentbehrlichen „RotFuchs“ anbei eine kleine Spende.

**Dr. Hermann Leihkauf, Berlin**

Ich wünsche unserem „RotFuchs“ weiterhin Erfolg, begrüße und unterstütze ausdrücklich Eure Haltung gegenüber Kritikern im PV, identifiziere mich mit den Meinungen zur Bedeutung und Rolle der DDR auf den ersten fünf Seiten der September-Ausgabe und verbleibe mit solidarischen Grüßen

**Hans Fricke, Rostock**

*Genosse Hans Fricke ist der Autor des jetzt in 2. Auflage erschienenen Buches „DAVOR - DABEI - DANACH. Ein ehemaliger Kommandeur der Grenztruppen der DDR berichtet“, von dem er uns ein Exemplar mit Widmung zur Verfügung gestellt hat, das gegen eine kleine Spende für den „RotFuchs“ erworben werden kann.*

Ein Bekannter machte mich kürzlich im Zusammenhang mit der NATO-Aggression gegen Jugoslawien auf eine bemerkenswerte Äußerung des ehemaligen schwedischen Premierministers Carl Bildt aufmerksam, der auf dem Balkan eine offizielle Rolle spielt. Dieser sagte zur Rechtfertigung der Aggression, es gebe noch zu viele „kommunistische Strukturen“. Damit hat der Schwede die Katze aus dem Sack gelassen! Es geht in Serbien um die Beseitigung der letzten sozialistischen Strukturen auf der Halbinsel, zugleich aber um die enormen Vorkommen an Blei- und Zinkerz im Kosovo und um Braunkohle-Reserven, die für 1 300 Jahre reichen. Das alles muß der „Marktwirtschaft“ überantwortet werden, weshalb „kommunistische Strukturen“ - und seien sie nur noch rudimentär - beseitigt werden müssen. Deshalb mußte die UNO kaltgestellt werden, muß die „neue Weltordnung“ etabliert werden.

Als die frommen Kroaten hunderttausende von Kraina-Serben vertrieben und viele ermordeten, regte sich keine NATO auf, waren es doch Herrn Genschers Ziehkinder. Nur den Serben gegenüber wurden alle Register der Medienmanipulation gezogen. Gründe? Siehe oben.

**Gerhard Moest, Leipzig**

Damit der „RotFuchs“ gut pirscht und weiterhin gegen Manipulation und Revisionismus wirken kann, eine kleine Spende.

**Dr. Fritz Welsch, Berlin**

Seitdem der „RotFuchs“ regelmäßig zu uns ins Haus flattert, ist er auch für mich zur unentbehrlichen Lebenshilfe geworden. Das ist meine Sprache, meine Überzeugung. Als „gelernte“ DDR-Bürgerin fühle ich mich solidarisch mit allen Menschen, die sich nicht verbiegen lassen, die ihre Gesinnung nicht verkaufen oder sich nach dem Westwind drehen. Wenn ich mit meinen 70 Jahren zurückblicke, bin ich noch heute diesem meinem Staat DDR dankbar. Nie habe ich den mühsamen Anfang nach dem mörderischen Krieg und der Umsiedlung vergessen. Ich durfte Neulehrer werden, studieren, über 40 Jahre im Frieden arbeiten. Ehemalige Schüler, die bereits 50 Jahre alt sind, bestätigen mir immer wieder, daß die Schuljahre ihre schönste Lebenszeit waren, ebenso die gemeinsamen Erlebnisse in ihrer Pioniergruppe. Meine eigenen fünf Kinder sind hier aufgewachsen - ohne Drogen und Gewalt, kannten bis zum Zusammenbruch der DDR keine Arbeitslosigkeit, fanden

ihren Platz im Leben, den sie in den vergangenen neun Jahren hart behaupten mußten. In der DDR fühlte ich mich geborgen und alle Probleme ließen sich letzten Endes lösen. Seitdem der „RotFuchs“ für mich eine Quelle des Optimismus und der Hoffnung geworden ist, bin ich seit Jahren wieder in einer besseren psychischen Verfassung. Ich kann Euch nur danken! Möge es dem „RotFuchs“ recht lange gut ergehen!

**Helga Buschow, Schwerin**

*Genassin Buschow ist die Autorin des bewegenden Lebensberichts „Geboren an einem Freitag, dem Dreizehnten“, der vom MEGALOPOLIS e.V. Schwerin herausgegeben wurde.*

Kurz einige Zeilen zu den teils recht interessanten Artikeln im „RotFuchs“:

1. „Gefährliches Vokabular“, Verfasser: Rolf Vellay. Ich kann die Aussagen nicht ganz nachvollziehen, weil ich nicht weiß, was Gysi gesagt hat. Jegliche Assoziationen zur deutschen Ostgrenze und zu den Vertriebenen aufzustellen aber scheint doch etwas absurd. Was die SPD betrifft, kann ich mir nicht denken, daß an der Stimmwand des Parteitag von 1961 die Deutschlandkarte von 1937 hing. Sollte sich die Gelegenheit bieten, werde ich das einmal nachprüfen.

2. „Washingtons Krokodilstränen“, Verfasser: Dr. Gerhard Feldbauer. Kann ich nicht bewerten. Ich weiß nicht, welche Berichterstattung über die damaligen Ereignisse in der VR China korrekt ist, die östliche oder die westliche.

3. „Ist die PCF perdu?“ Mag sein, daß das so ist.  
4. Zu anderen Artikeln kann ich sagen, daß ich den Analysen größtenteils folgen kann. Allerdings denke ich, daß der Imperialismus keine nur deutsche Angelegenheit ist. Die Verflechtung mit dem amerikanischen Kapital (u. a.) ist doch nur ein Beispiel dafür. Eine etwas deutlichere Aussage wäre zu wünschen.

a) zu der im Text („Drei auf einen Streich“) enthaltenen versteckten Kritik an der PDS.

b) einer über die Analyse hinausgehende Perspektive.

5. Der Aufsatz „Ein deutsches Instrument“ hat mir gut gefallen.

*Auszüge aus dem Brief eines befreundeten SPD-Genossen (NRW) an einen Mitarbeiter des „RotFuchs“. Der Redaktion liegen Name und Anschrift des Absenders vor.*

Herzlichen Dank für die pünktliche Zusendung Eurer Zeitung. Aus Anlaß des Geburtstages der DDR übersende ich Euch etwas Futter für den „RotFuchs“. Ich freue mich schon auf die nächste Ausgabe.

**Gertrud Zimmermann, Berlin**

Besten Dank für die Übersendung des „RotFuchs“, der nicht nur von mir stets aufmerksam gelesen wird. Immer mehr habe ich das Gefühl, daß Ihr Probleme anschnidet, die weit über eine Kleinzeitung der DKP hinausgehen, und nicht Dinge anprangert, die für die Bevölkerung momentan von Bedeutung sind. So machen wir hier unsere Kleinzeitung „Pegnitz-Echo“, mit der wir Belange der Bürger aufgreifen. Ich habe wirklich Sorge um unsere Partei, wenn Ihr ständig den Parteivorstand angreift und in eine Ecke stellt, die meiner Ansicht nach nicht zutrifft. (...)

Die Kommunisten der Bundesrepublik standen und stehen zur DDR. Heinz Keßler und Klaus-Dieter Baumgarten habe ich ins Gefängnis geschrieben, daß die DDR mit uns 40 Jahre Solidarität geübt hat und wir jetzt mit Euch Solidarität

üben werden. Und davon weiche ich keinen Deut ab. (...)

Auch wir machen uns Gedanken über das Referat von Christian Koberg. Unser Kreis - Nürnberger Land - hat bis einschließlich Oktober 1999 abgerechnet und auch 1999 neue Mitglieder gewonnen.

**Erich Schreier, Röthenbach/Pegnitz**

Herzlichen Dank für die „RotFuchs“-Ausgaben Nr. 18 bis 20. Als neuer Leser dieser kritischen Exemplare denke ich nach und verbreite den Inhalt in „Sprache“ und „Kopie“ so gut ich kann. Die Anregungen zur Toleranz, zur Geradlinigkeit liegen auf der Hand. Sehr erfreut bin ich darüber, Gedanken von Mitstreitern aus den 50er Jahren wie Dr. Roland Kießling, Prora, und vom Jugendkollektiv der GRH („Im Sternstädtchen zu Besuch“) zu lesen. Mit ihm handle ich in der Gegenwart gemeinsam für die Betroffenen der politischen Strafverfolgung.

Vor wenigen Wochen besuchte ich unseren Genossen Rainer Rupp, der nach sechs Jahren Gefängnis ungebrochen die täglichen Prüfungen bewältigt und in der linken Presse viele wichtige Beiträge über die NATO, den Krieg und seine Folgen veröffentlicht. (...)

**Joachim Hauck, Berlin**

Meine Aufforderung, das rechtswidrige Urteil gegen Ingrid Jendretzky unverzüglich aufzuheben, beantwortete das Sächsische Staatsministerium der Justiz mit der Belehnung, daß dies wegen der „richterlichen Unabhängigkeit“ nicht möglich sei. Es bleibe nur das Gnadenverfahren. In unserer Klassenjustiz hat eben alles seinen ordentlichen Platz. Anbei Grüße und Spende für den „RotFuchs“.

**Willi Belz, Kassel**

Herzlichen Dank für die jüngste Ausgabe, auf die wir schon wieder gewartet hatten und die uns erneut aus dem Herzen sprach. Damit Ihr auch morgen noch für uns schreiben, setzen, drucken und versenden könnt, schicken wir Euch aus Anlaß des 50. Gründungstages der DDR, deren weiterwirkendem Vermächtnis wir mit ganzer Person auch künftig unbeeinträchtigt verbunden sind, zusätzlich 50 DM.

**Anny und Alfred Wagner, Berlin**

Liebe Genossen vom „RotFuchs“, vielen herzlichen Dank für die Übersendung der Nummern 19 und 20. Der Inhalt der beiden Zeitungen ist für uns PDS-Genossen in einer so bewegten Zeit eine gute Unterstützung. Er gibt uns Kraft für die weitere politische Arbeit. (...)

Bei den Landtagswahlen in Sachsen trat zum ersten Mal die KPD mit an. Auch in unserem Wahlkreis erhielt sie 23 Stimmen. Ich glaube, wir sollten uns weiter um eine einheitliche kommunistische Partei bemühen. Die vielen kleineren Gruppen der Kommunistischen Plattform in der PDS, die DKP, die KPD, die KAZ in Nürnberg vertreten zwar alle kommunistisches Gedankengut, doch fehlt es an einer einheitlichen Führung für eine breitere politische Massenarbeit unter der Bevölkerung. Man sollte entschiedener für die Aufhebung des KPD-Verbots und für eine einheitliche KPD kämpfen.

Vielen Dank für die Beiträge zum DDR-Jubiläum. Auch für den wichtigen Hinweis Rolf Vellays, die Sprache des Gegners nicht zu übernehmen. Anbei eine kleine Spende.

**Günter Bauch, Fraureuth**

Ein paar Bemerkungen zu Ulrich Huars Beitrag über die Theorie der Konterrevolution. Wie sich

erwiesen hat, spielen die ökonomischen Maßnahmen bei der modernen Konterrevolution eine weit größere Rolle als bisher analysiert. „Wirtschaftliche Reformen“ sind keineswegs nur in die Reihe konterrevolutionärer Schritte einzuordnen (bei Huars Pkt. 7) Sie sind letztlich ausschlaggebend für die Vorbereitung und den Sieg der Konterrevolution. Sie sind die materielle Grundlage für alle anderen Schritte auf dem Gebiet der Ideologie, der Staatsgewalt. ...

Bei den ökonomischen Maßnahmen zeichnen sich etwa parallel verlaufende Schritte ab: Destabilisierung der Währung und des Finanzsystems durch IWF, Kredite, Wucherzinsen bis zur Einführung kapitalistischer Führungswährungen (DM: DDR, Kroatien, Kosovo; DM und Dollar: Rußland, Polen, baltische Staaten) und zur Hoheit der führenden Banken: Deutsche Bank, Weltbank. Erst danach Übernahme der Staatsgewalt. Dann Enteignung der Arbeiter und Bauern, des ganzen Volkes durch „Privatisierung“ oder einfach Zerstörung des gesellschaftlichen Eigentums, d. h. Klärung der Eigentumsfrage. Damit gleichzeitig gründliche Zersplitterung der Arbeiterklasse.

Es ist auch daran zu denken, daß z. B. der Glaube (auch der SED-Führung) an die „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus ebenfalls ökonomisch-materiell untersetzt war durch massive soziale Zugeständnisse der Bourgeoisie an große Teile der Bevölkerung, besonders in der BRD, die heute, nach dem Sieg der Konterrevolution, natürlich mit dem Sparpaket wieder abgebaut werden müssen, am besten durch die SPD.

**Bert Palitz, Crivitz**

Norbert Paulig stellt in seinem Beitrag „Von der Utopie zur Wissenschaft?“ u. a. die Frage, ob nicht Vorstellungen (vom künftigen Sozialismus) - losgelöst von den heute tatsächlich nicht bekannten objektiven gesellschaftlichen Bedingungen - in die Irre führen müßten und fordert vorrangig eine Reihe gesellschaftlicher Analysen auf marxistischer Grundlage.

Die Fragestellung geht m. E. an der Realität vorbei. Dr. Gerhard Branstner hat in einer seiner Schriften das für die Menschheit entscheidende Problem angesprochen. Angesichts der durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgerufenen und von den Naturwissenschaftlern nachgewiesenen Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten stellt er fest, daß es nicht mehr darauf ankommt, in welcher Gesellschaftsordnung es sich besser lebt, sondern mit welcher Gesellschaftsordnung die Menschheit überlebt. (...) Das gesellschaftliche Subjekt hat nur noch zwei Möglichkeiten: entweder seine Produktionsweise den Naturgesetzen unterzuordnen oder zugrunde zu gehen. (...)

**Fred Engels, Berlin**

Im ND vom 8. September schrieb André Brie unter dem Titel „Menetekel für SPD und Bündnisgrüne“ u. a. folgendes: „... Im derzeitigen ‚Sparpaket‘ oder in der Rentenpolitik ... bittet die Koalition die Schwächsten der Gesellschaft zugunsten der Reichsten und Mächtigsten zur Kasse.“ Von der Regierung würden „Spitzenverdiener und große Konzerne hofiert“.

Alles sehr richtige Feststellungen. Aber wie kommt der selbe André Brie angesichts dessen zu der Aufforderung an die PDS, den Klassenkampf (von unten!) einzustellen und jegliches „Freund-Feind-Denken“ zu beenden?

**Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**

## Herzliche Glückwünsche

Herzlich gratulieren Berliner  
Freunde und Genossen dem  
bewährten Antifaschisten

**KARL KIELHORN,**

der am 24. Oktober 1999 seinen  
80. Geburtstag begeht.

Liebe Grüße gehen an

**GERDA und MARTIN,**

die auf der Lebensleiter eine  
weitere Stufe emporsteigen.



Wolodja Gall, der 1945 als sowjetischer  
Offizier und Dolmetscher die Besatzung  
der faschistischen Zitadelle Spandau zur  
Kapitulation bewegte, gehört jetzt zu den  
Lesern des „RotFuchs“

Foto: Karl-Heinz Reinhardt

## Der „RotFuchs“ fand auf dem UZ-Pressesfest reges Interesse



## Der Cashmere-Kanzler

(aus der FAZ)



## IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSDP):

**Dr. Klaus Steiniger**

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

## STÄNDIGE MITARBEITER:

**Lena und Kurt Andrä,**

**Eberhard Bock**

**Matthias Bublitz**

**Wolfgang Clausner**

**Dr. sc. Sigmar Ebbach**

**Dr. sc. Gerhard Feldbauer**

**Arno Fleischer**

**Walter Florath**

**Katrin Hellwig**

**Werner Hoppe**

**Prof. Dr. Ulrich Huar**

**Dieter Itzerott**

**Monika Kauf,**

**Gerda Klabuhn**

**Prof. Dr. Eike Kopf**

**Wolfgang Metzger**

**Frank Mühlefeldt**

**Dr. Norbert Pauligk**

**Rainer Rupp**

**SHAHAR**

**Harry Schmitt**

**Karl-Eduard v. Schnitzler**

**Dr. Hartwig Strohschein**

**Dr. Hans-Günter**

**Szalkiewicz**

**Herbert Thomas**

**Dr. Ing. Peter Tichauer**

**Rolf Vellay**

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen  
müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.